

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Bräunerstr. 1/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei im Haus M. 2.00, wo keine Post am Ort, M. 3.50.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungspreis für die einjährige Abonnementsdauer beträgt 25 M. 00 Pf. Auswärtige Abonnenten 28 M. 00 Pf. Einzelhefte 25 Pf. Bestellen in den Buchhandlungen und bei den Expeditionen.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 290.

Breslau, Dienstag, den 12. Dezember 1911

22. Jahrgang.

Aufgaben der Sozialdemokratie im nächsten Reichstag.

Das Geld des Volkes und das Geld des Staates.

Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion im nächsten Reichstage auf dem Gebiete der Finanzpolitik werden dahin gerichtet sein:

1. Die Ausgaben des Reiches für kulturelle und sozialpolitische Zwecke im Interesse der breiten Massen zu erhöhen.
2. Die Ausgaben des Reiches zu Kürzungsmaßnahmen und zu sonstigen Beschränkungen zu verhindern.
3. Die Lasten der breiten Massen an Verbrauchsabgaben (Zölle und indirekten Steuern) mit dem Ziel ihrer schließlichen vollständigen Beseitigung zu erleichtern.
4. Die Bestehenden zur Tragung der Reichslasten stärker heranzuziehen.
5. Weitere Einnahmequellen für kulturelle und sozialpolitische Zwecke ohne Schädigung der Masse der Bevölkerung zu beschließen.

Die Sozialdemokratie ist ganz damit einverstanden, daß das Reich viel Geld einnimmt und viel Geld ausgibt. Aber das Geld soll zu nützlichen Zwecken verwendet werden und es soll hart geholt werden, wo es in Ueberfluß vorhanden ist.

Nützliche Zwecke sind: Erhöhung der Gehälter der mittleren Beamten, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Löhne in den Reichsbetrieben, alle Auswendungen für Kunst, Wissenschaft, Gesundheitspflege, Arbeiterschutz, Sozialversicherung, überhaupt für die geistige und körperliche Wohlfahrt der Gesamtbevölkerung.

Unnütze und schädliche Ausgaben sind die Aufwendungen zur Verschärfung des internationalen Wettbewerbs (siehe darüber den vorangegangenen Artikel „See und Flotte“), Ausfuhrprämien, Schnapsliebessgaben. Die letzteren dienen nur zum Nutzen von Großgrundbesitzern und großen Branntweinbrennern.

Das Geld zur Deckung der Ausgaben soll den Wohlhabenden und nicht den Notleidenden abgenommen werden.

Nach dem Reichshaushaltsplan für 1911 nimmt das Reich aus Zöllen und Verbrauchsabgaben rund 1200 Millionen Mark jährlich ein, das macht bei einer Bevölkerung von 65 Millionen 18½ Mark auf den Kopf oder durchschnittlich 92½ Mark auf eine Familie von fünf Personen. Rechnet man dazu die staatliche Einkommensteuer und 100 Prozent Gemeindefürschlag (in Preußen zusammen 12 M. in der niedersten Stufe), so ergibt das eine Gesamtlast von 104½ Mark bei einem Einkommen von 900 Mark, oder 2 Mark die Woche. Ein solches Einkommen ist also mit 11½ Prozent steuerlich belastet.

Die Sozialdemokratie will den Massen die 1200 Millionen Mark, die sie jährlich für Reichszwecke zu bezahlen haben, wieder zurückgeben, indem sie die indirekten Steuern beseitigt. Dies kann jedoch nicht so geschehen, daß die bestehenden Steuergefälle einfach aufgehoben werden, es muß zugleich gesetzliche Vorsorge dafür geschaffen werden,

daß nicht Fabrikanten und Zwischenhändler den freigeordneten Betrag in ihre Taschen stecken, sondern daß er wirklich den Verbrauchern zugute kommt.

Von bürgerlicher Seite pflegt man die Dinge so darzustellen, als wenn der Betrag von 1200 Millionen Mark auf andere Weise als durch Befastigung der breiten Massen mit Verbrauchsabgaben nicht aufzubringen wäre. Das ist aber ein leerer Vorwand, der gebraucht wird, um die Wohlhabenden zu schonen.

500 Millionen Mark können allein schon dadurch aufgebracht werden, daß man eine Reichs-Erbschaftsteuer nach englischem Muster einführt. Die kleinen Erbschaften können dabei ganz gut gespart werden. Zu solcher Schonung war die Sozialdemokratie auch bereit, als im Jahre 1909 bei der Beratung der verhängten Reichsfinanzreform die Nachlasssteuer zur Beratung stand. Trotz dem klaren Zentrum und Konservativen gegen die Nachlasssteuer, weil sie, wie sie selber sagten, das Portemonnaie der Bestehenden dem Parlament des gleichen Wahlrechts nicht ausliefern wollten.

Diese Hunderte von Millionen können aber auch aus einer Reichs-Einkommen- und einer Reichs-Vermögenssteuer aufgebracht werden. Es ist eine arbeitslose Forderung, wenn die bürgerlichen Parteien behaupten, die Steuerkraft der Bestehenden werde durch die Staaten und Gemeinden im wesentlichen schon erschöpft. Die Einkommen und Vermögen der reichen und reichlichen Leute sind in den letzten Jahrzehnten kolossal angewachsen, angewachsen nicht etwa durch die Arbeit der Kapitalbesitzer selbst, sondern durch die Tätigkeit der Massen des arbeitenden Volkes, ohne daß eine entsprechende Mehrbelastung eingetreten wäre. Es ist auch eine seltsame Logik, zu sagen, einem Arbeiter, der von 900 Mark Einkommen 104½ Mark indirekte und direkte Steuern bezahlt, dem also eigentlich nur 795½ Mark übrig bleiben, könne man ruhig noch einige neue Steuern aufpacken, ein Reicher sei aber schon „erschöpft“, wenn er von 50.000 Mark oder 100.000 Mark jährlichem Einkommen 10.000 und 20.000 Mark Steuern zahlt, wenn ihm also noch 40.000 oder 80.000 Mark jährliches Einkommen bleiben.

Durchaus schwindelhaft ist auch die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle mit ihren Steuervorschlägen die mittleren und unteren Beamten belasten. Nach sozialdemokratischer Ansicht sollen die Reichs-Einkommensteuern erst bei einem Einkommen von 6000 Mark mit kleinen Sägen beginnen und von da an in entsprechender Progression gesteigert werden.

Einstufig ist ferner auch der Einwand, durch zu starke Besteuerung der Reichen werde die notwendige Kapitalansammlung aufgehalten. Es ist richtig, daß ein Volk nicht sein ganzes Einkommen aufessen und vertrinken darf; man muß auch neue Maschinen fabrizieren, Häuser

bauen, Verkehrsmittel beschaffen usw. Wo aber steht es geschrieben, daß diese Maschinen, Häuser und Verkehrsmittel Eigentum einzelner Personen sein müssen? Auch das Reich kann, wenn es finanziell entsprechend gestellt ist, einen Teil seines Einkommens in Arbeitsmittel und dauernde Gebrauchsgüter umfetzen; das „Kapital“, das dadurch entsteht, ist dann nicht mehr Privatkapital, sondern öffentliches Eigentum; es verliert, bei entsprechender Verwaltung, seinen eigentümlich kapitalistischen Charakter und wird dadurch für die Allgemeinheit eine Quelle steigender Wohlfahrt.

Niemand lasse sich durch die Versprechungen der bürgerlichen Parteien täuschen, daß bei der nächsten Steuererhöhung die Bestehenden zur Tragung der Lasten herangezogen werden sollen. Wie sich schon bei der letzten Reichsfinanzreform gezeigt hat, sind diese bürgerlichen Bestreuer stets nur ein Feigenblatt für steigende Steuerbelastung der Massen durch Verbrauchsabgaben. Nur die Sozialdemokratie lehnt neue Verbrauchsabgaben unbedingt ab, will die Bestehenden so rasch wie möglich beseitigen, und jeden durch Ausgabenvermehrung oder Einnahmeverminderung entstehenden Neubeharf des Reiches auf Erbschafts-, Einkommen- und Vermögenssteuern heben, die die Kleinen schonen, den Großen aber von ihrem Ueberfluß nur so viel nehmen, daß ihre Existenz für die Kleinen noch immer beneidenswert bleibt.

Schließlich will die Sozialdemokratie, entsprechend ihrem sozialistischen Grundcharakter, auch weitere Einnahmequellen erschließen, indem sie bestehende Privatbetriebe in das Reichseigentum überführt. Man denke an die gewaltigen Einnahmen, die Reich und Staat aus der Post, den Eisenbahnen, Zölkern, Bergwerken usw. erzielen! Würde heute jemand wünschen, daß diese Einnahmen in die Taschen privater Unternehmer fließen? Die Sozialdemokratie will die Wirtschaftsmonopole des Reiches vernichten, allerdings will sie nicht, daß diese Monopole zur Ausbeutung der Verbraucher und zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter nach großkapitalistischem Muster mißbraucht werden. Das Reich kann Monopole schaffen und sich mit verhältnismäßig geringem Gewinn begnügen; seine Einnahmen werden trotzdem riesenhaft sein, wenn seine Monopole eine entsprechende Vermehrung erfahren. Großer Umsatz, kleiner Nutzen muß die Parole sein, und die Erträge müssen, wie schon angeführt, in Form nützlicher Ausgaben an die arbeitenden Massen zurückfließen.

Die Sozialdemokratie treibt Finanzpolitik im Sinne des heiligen Grispin, der den Reichen das Leder nahm, um den Armen Schuhe daraus zu machen. Die Finanzpolitik der bürgerlichen Parteien verfährt genau umgekehrt. Sie nimmt den Armen, um Reiche zu mästen.

Der Zukunftsstaat.

Genosse Anton Banneloel schreibt uns:

Die Erörterungen über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat stehen mitten im Wahlkampf. Früher hat der selbige Eugen Richter die beschränkten Philister mit graulichen Gesichtern über die Unterdrückung, die dieser Zukunftsstaat der Menschheit bringen werde, erschreckt — leider wirkt das heute nicht mehr. Dafür sucht man jetzt den gebildeten Kreisen ein Nasenrumpfen beizubringen über das unwissenschaftliche Vorgehen der Sozialdemokratie, die — man denke! — einen Zukunftsstaat künstlich konstruieren will. „Man kann nicht einen Staat wie aus einer Spielhahnel aufbauen“, versicherte neulich Graf Dofadowsky allen Ernstes in einer Wahlrede im Kreise Vielesfeld. Und die „Freiwillige Zeitung“, die noch immer die sozialistische Gesellschaft für eine neu zu gründende Gesellschaft m. B. S. hält, und weiß, daß es in dieser bösen Welt viele Schwindelunternehmungen gibt, denen brave Bürger leicht zum Opfer fallen, forderte uns vor einigen Wochen wieder von neuem auf, endlich mal mit dem Prospekt herauszutreten und zu sagen, wie wir den Zukunftsstaat einrichten wollen.

Es alle zeigen damit nur, daß sie weder von der heutigen Gesellschaft, noch von dem Wesen der Sozialdemokratie die leiseste Ahnung haben. Der Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien liegt nicht darin, daß sie die heutige Gesellschaftsordnung beibehalten, und daß wir an deren Stelle eine andere setzen wollen. Das liegt weder in ihrer, noch in unserer Gewalt. Denn die Gesellschaft entwickelt sich unabhängig von unseren Wünschen zu immer neuen Formen. Die Frage sind Sie anzustellen mit der heutigen Welt, und möchten Sie diese beibehalten, oder möchten Sie lieber eine

andere? Diese Frage wird den Menschen nicht gestellt, auch nicht im Wahlkampf. Wer mit seiner heutigen Lage zufrieden ist, ist ihrer doch nicht sicher; die Entwicklung rastet nicht. Einen Zukunftsstaat — das heißt eine andere Gesellschaftsordnung als die heutige — bekommt man auf jeden Fall. Nicht über die Frage: Gegenwartsstaat oder Zukunftsstaat? werden die Wähler zu entscheiden haben, sondern über die Frage: Welchen Zukunftsstaat wollen wir?

Zwischen welchen Möglichkeiten haben wir da zu wählen? Früher, bevor der Kapitalismus emporkam, herrschten Kleinbetrieb, Handwerk und Bauerntum. Später aber wuchs das Kapital durch die großen Profite immer gewaltiger an, drückte das Handwerk und den Mittelstand herunter, beseitigte sie nach und nach, während die Großindustrie immer mächtiger emporstrebte und immer mehr Arbeitermillionen in ihren Dienst zitierte. Die mächtigsten Kapitalisten gingen dann an, sich miteinander zu verständigen; sie streben danach, mit der gegenseitigen Konkurrenz aufzuhören, um gemeinschaftlich das Publikum und alle Abnehmer besser zu schröpfen; sie bilden Kartelle, Syndikate und Trusts, die die Produktion in einzelnen Zweigen allmählich monopolisieren und die früher unabhängigen Händler zu ihren Agenten machen. Diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen; wir stehen vielmehr erst an ihrem Anfang, und sie geht immer weiter. Keiner, der heute noch unabhängig über seinen Lebensunterhalt verfügt, ist gegen die Allgewalt der unaufhörlich wachsenden Kapitalmacht sicher. Wer ein Geschäft hat, wird von einem kapitalstärkeren Geschäft oder einem Warenhaus bedrängt; der kleine Unternehmer wird durch die großen Kapitalisten erdrückt, sobald er ihnen im Wege steht. Die Finanzjongleure bringen im Bunde mit den Eisenbahndirektoren und Syndikatsherren die gesamte Industrie immer mehr unter ihre Vormachtigkeit.

Es ist nicht schwer, sich auszumalen, wohin die Entwicklung führt. In dem großkapitalistischen Zukunftsstaat wird das ganze wirtschaftliche Leben von einer kleinen Gruppe Kapitalmagnaten beherrscht, die unbeschränkt über die Lebensquellen der Menschheit gebieten. Eine kleine Klasse von nutzlosen Rentiers, die bestehende Klasse, teilt sich mit ihnen in den Mehrwert, den die große Volksmasse schafft. Zur Erzeugung dieses Mehrwerts muß sich die Mehrheit der Bevölkerung als Arbeiter in den Betrieben in langer, schwerer Arbeit abquiden, ohne dafür mehr zu bekommen, als zum Lebensunterhalt gerade ausreicht. Die Ueberreste des alten Mittelstandes sind ihrer Unabhängigkeit beraubt, zum Teil Agenten und Untergebene, zum Teil Schuldner des Kapitals, die aus ihrem Arbeitsertrage Zins und Pacht zahlen müssen. Stellen wir dazu noch die Gefahr mörderischer Weltkriege, womit die gegenseitige Konkurrenz der Kapitalisten verschiedener Nation die Völker bedroht — so haben wir hier in den Hauptzügen das annähernde Bild des Zukunftsstaates vor uns, den uns die ungeführte kapitalistische Entwicklung bescheren wird.

Ist dieses Schicksal aber unabwendbar? Sind die Menschen außerstande, daran etwas zu ändern? Nein, natürlich nicht. Sonst hätten wir auch nicht vor einer Wahl reden können. Denn alles, was in der Gesellschaft geschieht, vollzieht sich durch das Handeln der Menschen. Zwar kann der Mensch nicht nach seiner Willkür diese Entwicklung bestimmen und ändern. Weil aber das Handeln der Menschen durch ihre ganze Lage, ihr Interesse bestimmt wird, handeln die Kapitalisten nach ihren Kapitalinteressen, die Arbeiter nach ihren Arbeiterinteressen, und so nachdem die einen oder die anderen ihren Willen durchsetzen können, vollzieht sich die Entwicklung anders. Die bisherige Entwicklung war nur möglich, weil die Kapitalisten den Staat beherrschten und ihn dazu benutzten, die

Freizügigkeit der Arbeiter herzustellen, Schulzölle einzuführen, die Gemeindefiskalbewegung zu erschweren usw. Der großkapitalistische Zukunftsstaat wird auch nur dann kommen, wenn die Kapitalinteressen in der Politik maßgebend bleiben, das heißt, wenn die bürgerlichen Parteien immer die Mehrheit behalten.

Aber das ist ausgeschlossen. Denn je mehr die unterdrückten Klassen klar sehen und am Leibe empfinden, wozu dieser Weg führt, um so mehr werden sie sich dagegen auflehnen und die Entwicklung in eine andere Richtung zu steuern suchen. Die großindustrielle Organisation der Arbeit, die sich mit dem Privateigentum nicht mehr vertragen kann, weist uns von selbst auf ein neues Ziel hin. Die Organisation des Wirtschaftslebens, die großen, gutorganisierten Fabrikbetriebe, die vorzüglichen Maschinen, das alles wollen wir behalten. Aber die Kapitalmagnaten in der Erde brauchen wir nicht, da sie für die Produktion selbst vollkommen überflüssig sind. Übernimmt der demokratische Staat, als Vertreter der Volksmassen, ihre Stelle, so wird die Ausbeutung aufgehoben, keine Profite lassen mehr dem Kapital zu, die arbeitende Volksmasse erhält das ganze Produkt der Arbeit, die dann auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft als einziges Ziel gerichtet ist. Das ist der sozialistische Zukunftsstaat, nicht ein festes, fertiges Gebilde, sondern der Inbegriff einer neuen Reihe von Entwicklungsformen der Gesellschaft.

Eine künstliche Konstruktion! rufen die Gegner. Ja, genau so künstlich, wie alles, was Menschen machen. Was aber darunter der Kapitalistenklasse dient, heißt bei ihren Verteidigern immer natürlich; was dem Volke dienen soll, heißt künstlich. In ihrer Gaunersprache sind Schulzölle und Einfuhrzölle natürlich; deren Beseitigung aber ist künstlich. Enteignung der kleinen Besitzenden durch die großen ist natürlich, Enteignung der großen durch das Volk ist künstlich. Regelung der Produktion zum Schaden der Masse durch ein Kapitalistenkartell ist natürlich, Regelung der Produktion zum Nutzen der Masse durch das Volk selbst ist künstlich!

Der Sieg der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bedeutet nicht die Einführung einer neuen Gesellschaft an die Stelle der heutigen. Er bedeutet, daß in diesem Augenblick die Entwicklung eine neue Richtung einschlägt, weil ein neues Prinzip in der Gesetzgebung zur Geltung kommt, das Prinzip des Interesses des arbeitenden Volkes. Anstatt daß weiter die Profite des Kapitals wachsen, fangen dann die Löhne der Arbeiter zu steigen an, während Kapitalprofit und Ausbeutung rasch sinken. Statt Schulzölle und Monopole für das Kapital treten Sozialreformen, statt Kriegsausgaben Kultur Ausgaben immer größerer Art. Statt des langsamen, qualvollen Niederganges des Mittelstandes durch das wilde, bewußtlose Diktat der kapitalistischen Entwicklung, fängt dann der bewußte Aufbau einer Wohlfahrt bringenden Organisation des Wirtschaftslebens an, die jedem den Übergang zu höheren Produktionsformen erleichtern wird. Statt Verteidigung der „Ordnung“, ist Befestigung des Glanzes zum wichtigsten öffentlichen Interesse geworden.

Solange die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben und das Großkapital durch sie herrscht, solange geht die Entwicklung in der heutigen Weise weiter und wird der großkapitalistische Zukunftsstaat immer mehr verwirklicht. Von dem Augenblick der Eroberung der politischen Macht durch die Sozialdemokratie an schlägt die Entwicklung eine neue Richtung ein, zum sozialistischen Zukunftsstaat hin. Zwischen diesen beiden Zukunftsstaaten, zwischen diesen beiden Entwicklungsrichtungen gibt es zu wählen.

Politische Uebersicht.

Unnütze Veruhigungspulver.

Zur Veruhigung aller Wählergemüter schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“:

„Der Reichshaushaltetat für 1912 liegt zurzeit dem Bundesrat vor. Nur wenige seiner Ansätze sind in der Öffentlichkeit bereits bekannt geworden, aber schon diese Kenntnis genügt einem beträchtlichen Teil der Presse, um von neuem zu verkünden, daß die Finanzlage des Reiches schwerlich, und daß das Ergebnis der jahrelangen Sanierungsarbeit nicht leicht sei, da wir, anstatt den Weg der Schuldentilgung zu betreten, in das alte Unselbstvertrauen zurückgefallen seien. Derartige dem wahren Sachverhalt ganz entgegenlaufende Vorstellungen haben, weil sie immer wiederholt werden, schließlich eine über den mit ihnen verfolgten Zweck hinaus abträgliche Milderwirkung auf den Kredit des Reiches. Es war deshalb die Pflicht des Leiters der Reichsfinanzverwaltung, im Reichstage jeden jeden Zweifel darüber auszusprechen, daß sich die Finanzen in starker erfreulicher Aufwärtsbewegung befinden. Nachdem wir in den Jahren 1900 bis 1903 gezwungen gewesen waren, die Reichsschuld von 2900 auf 5000 Millionen Mark zu vermehren, haben die Jahre 1910 und 1911 darin einen Stillstand und gleichzeitig den Beginn einer planmäßigen Schuldentilgung gebracht. Der Schuldenbestand des Reiches wird in diesem Zeitraum um den Betrag von 130 bis 140 Millionen Mark verringert und dementsprechend werden auch, wie wir mitteilen können, die Schuldzinsen für das Rechnungsjahr 1912 um vier bis fünf Millionen Mark niedriger veranschlagt. So gelangt der Finanzplan, dem die letzten Jahre dienen, früher als erwartet, zur Durchführung. Ein solcher Hinweis auf den Fortgang der ersten Sanierungsarbeit ist kein Schönfärberel, im Gegenteil erhalten die erreichten Ergebnisse die Mahnung, den betretenen Weg unbeirrt weiter zu verfolgen.“

Drei Tage vor der Wahl 1907 schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Von den Vätern verschiedener Parteirichtungen ist zu Wahlzwecken die Behauptung aufgestellt worden, die verbündeten Regierungen würden sich alsbald mit neuen umfangreichen Steuerplänen an den Reichstag wenden. Die Behauptung entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage!“

Das war vor den Wahlen, nach den Wahlen kam dann die bekannte Vorlage betreffend 500 Millionen neuer Steuern.

Man sieht also, wie den Versicherungen eines deutschen Regierungsabstammes zu glauben ist.

Wähler, — laßt euch nicht einseifen!

Die sozialdemokratische Reichstagsarbeit.

In der verflochtenen letzten Session des Reichstags, die vom 30. November 1909 bis 5. Dezember 1911 währte, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags an Gesetzentwürfen, Anträgen, Interpellationen und Resolutionen nicht weniger als 668 (sechshundertachtundsechzig) eingebracht. Keiner kann der von allen ehrlichen Leuten niemals bestrittene Wille der Arbeiterschaft an der positiven Mitarbeit kaum illudiert werden.

Die Kinder der Armen.

Der Berliner Magistrat veröffentlicht eine Statistik über die Verursachung der Schul Kinder, die im Michaelis 1910 und im Oktober 1911 die Berliner Gemeindefschulen verlassen haben. Es handelt sich um 27 340 schulentlassene Kinder, davon 13 346 Knaben und 13 994 Mädchen. Von diesen 27 340 Kindern traten nicht weniger als 17 345 sofort als Arbeiter, Lehrlinge, Kellner, Schreiber, Dienstmädchen usw. in das Erwerbsleben über. Von den 13 346 schulentlassenen Knaben wurden sofort 11 521 erwerbsfähig, von den 13 994 Mädchen 5822. 1501 Knaben und 7000 Mädchen blieben zuhause — es fragt sich, für wie lange! In Berufsschulen traten 293 Knaben ein, in höhere Lehranstalten 31, Tage und schreibt einunddreißig!

Von dreizehntausenddreihundertundsechshundertsechs Knaben der unbemittelten Volksklasse einunddreißig! Nicht viel mehr als je zwei von Eintausend! Während die Kinder der Besitzenden alle in höhere Anstalten gebracht und zu einträglichen und angesehenen Berufen vorbereitet werden, wählt das Schicksal aus dreizehneinhunderttausend Armenkindern genau einunddreißig aus, die es zu „etwas Besserem“ bestimmt. Und nur mit Grauen kann man daran denken, wieviele von den 31 Glücklichen schließlich auf dem Wege zu den Höheren scheitern werden. Ist doch der Fall, daß arme Leute ihre Kinder aus den höheren Schulen herausnehmen müssen typisch!

Wieviele mögen unter den 13 815 vom höheren Bildungsgang ausgeschlossenen Knaben sein, die durch ihre Begabung in Stand gesetzt wären, ausgezeichnetes im Dienste der Allgemeinheit zu leisten, wäre ihnen nur die Gelegenheit gegeben, ihre Talente zu entwickeln. Das Hinabsinken der Arbeiterkinder in das unterschiedslose Grau der proletarischen Arbeiterverhältnisse ist nicht nur eine grausame Ungerechtfertigkeit, es ist auch die sinnloseste Verschwendung menschlicher Kräfte und Fähigkeiten. Die Welt könnte an Fortschritten der Technik und Wissenschaft, an Schätzen der Kultur unendlich viel reicher sein, wenn nicht der Wiberstimm der kapitalistischen Gesellschaft mit jeder Schulentlassung Hunderte, Tausende von hoffnungreichen Begabungen in den Boden träte!

Mögen die Güter des deutschen Familien sinnes auch einmal daran denken, wieviel Tragik darin liegt, wenn Arbeiterkinder ihren reichbegabten Kindern höhere Bildung versagen müssen, während sich die Kinder der Wohlhabenden, auch wenn sie die größten Dummlöpfe sind, auf den Pforten der Gymnasien und Universitäten räkeln dürfen! Sie haben es ja dazu, und wenn sie „etwas geworden“ sind, können sie hochmütig auf den proletarischen Altersgenossen herabschauen, den die Not zwang, sein Talent in die Knochenmühle des Kapitalismus zu tragen!

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Und da sollen die Arbeiter den bürgerlichen Wahlagitatoren glauben, daß diese herrliche Ordnung, unter der wir leben, eine Ordnung der sozialen Gerechtigkeit sei!

Sozialdemokraten — keine Staatsbürger!

In Öttingen, wo die Fortschrittler zugunsten der Nationalliberalen auf eine Kandidatur verzichteten, wollen die Nationalliberalen nach der Lohmannschen Parole: „Der Feind steht links, der Gegner rechts!“ bei einer Stichwahl die Antisemitien gegen die Sozialdemokraten unterstügen. Darüber kam es zu Auseinandersetzungen mit den Fortschrittler, in deren Verlauf der Vorsitzende der nationalliberalen Partei, Professor Brandt, nach dem Bericht des „Berl. Tagebl.“ den Anspruch tat:

„So lange die Sozialdemokraten die Bedürfnisse des Staates ablehnen, seien sie nicht als Staatsbürger anzusehen.“

Diese Weisheit des Herrn Professors erinnert stark an die Antworten, die störrische Rekruten auf die Frage: „Wer war Bismarck?“ oder „Was ist der Reichstag?“ zu geben pflegen. Die Rekruten aber sind Opfer der schlechten preussischen Volksschule und Herr Brandt ist — preussischer Professor!

Gegen die Flottenvereinsagitation wendet sich in einem Artikel der Berliner „Deutschen Nachrichten“ der Kapitän zur See a. D. L. Persius.

„Er bezeichnet die Pläne des Flottenvereins als unseriös die Ansicht, mit Panzerkreuzern den englischen Handel schädigen zu können als absurd. Aller Voraussicht nach steht mit der bedeutenden Umrüstung im Kriegsschiffbau, die durch den Motorantrieb in nächster Zeit bedingt wird, eine Verschmelzung des Linienflotten und Linienflottenkreuzers bevor. Also gerade bei diesem Typ ist äußerst beachtenswertes

Die letzten Tage von Pompeii.

Von E. Bulwer.

„Sein Jüngling!“ sagte das Mädchen, indem es die Hände lang — und weshalb läßt man mich nicht fort? Was kann der große Arbacus von einem so armen Geschöpf, als ich bin, wollen?“

„Das weiß ich nicht; es sei denn, daß du deiner Gebieterin antworten sollst, die heute hierher gebracht wurde.“

„Was, Zoue ist in diesem Hause?“

„Ja, armes Kind! Es scheint ihr auch hier nicht sonderlich zu gefallen. Aber Arbacus ist — bei dem Tempel des Kastor! ein sehr artiger Mann gegen Fremden. Zoue ist, wie du weißt, sein Mündel.“

„Wißt du mich zu ihr führen?“

„Sie ist krank — ohnmächtig vor Schmerz und Kummer. Überdem habe ich keinen Befehl, dich zu ihr zu bringen, und ich handle niemals ohne Befehl. Als Arbacus mich über diese Zimmer schickte,“ sagte er, „ich habe dir bloß eine Sekunde zugeben, so lange du mir dienst, nicht da weber Öhren noch Augen, noch eigene Gedanken haben; ich verlange nur eine Eigenschaft von dir — Gehorsam!“

„Aber, was kann es schaden, wenn du mich zu Zoue führst?“

„Das weiß ich nicht; aber wenn du dich nach Gesellschaft sehnst, so will ich mit dir plaudern, Kleine, denn ich bin ein wenig gewohnt in meinem Stübchen; und du bist ja eine Zouefreierin — weißt du nicht irgend eine lustige Unterhaltung mit Weibern und Scherzen, oder kannst du nicht erzählen, wie die meisten deiner Landsmännchen, daß wir uns die Zeit damit betreiben?“

„Laß mich zuhören, Kleine, oder wenn du doch sprechen willst, was hast du von dem Zustande des Glanzes gehört?“

„Ei nun, mein Herr ist in des Verhör des Arbacus gegangen; Glanzus wird dafür büßen!“

„Für was?“

„Für den Raub des Priesters Apollides.“

„Ja!“ sagte Kybia, indem sie die Hände an die Seiten schlug — „ich habe allerdings etwas davon gehört, aber ich verstand es nicht. Aber wer wird es wagen, ein Haar aus Glanzus Haaren zu berühren?“

„Ja, freilich, der Dämon wird es tun.“

„Die Dämonen sind es verflüchten! — Was hast du da?“

„Nun, ich sage dir, daß, wenn man ihn für halbtzig erlöset, der Dämon, oder vielleicht auch der Tiger sein Scherzstück sein wird.“

Kybia sprang empor, als wenn ein Pfeil ihr Herz durchbohrt hätte; sie stieß einen durchdringenden Schrei aus, und indem sie vor dem Sklaven niedersank, sagte sie in einem Tone, der selbst dem rohen Herz erschütterte: „O, sage mir, daß du scherzest, daß du die Unwahrheit redest — irrlich, irrlich!“

„Bei meiner Frau, kleines Mädchen, ich kenne nichts von dem Geschehen; es ist vielleicht nicht so schlimm, als man sagt. Aber Arbacus ist kein Ankläger, und das Volk wünscht ein Opfer für das Amphitheater. — Aber was kümmert dich das Schicksal des Arbacus?“

„Ich bin ihm dankbar — zu dankbar, als ich nicht, was geschehen wird? — Arbacus kein Ankläger! — O, graumieses Geschick! — Und das Volk, das Volk. — Ach, wie können sie Anklage leben — was wird graumies gegen den Arbacus sein? — Aber was ist die Liebe selbst graumies gegen ihn?“

„Das arme Mädchen ließ den Kopf auf den Boden sinken; sie verlor in tiefes Schwärmen; heiße Tränen kofsen ihre Wangen hinunter, und alle fremdlichen Bemühungen des Sklaven, sie zu trösten oder aus ihrer Trübsinnigkeit zu erwecken, waren vergebens.“

Als ihr Aufseher, um seine hässlichen Pflichten wahrzunehmen, das Zimmer verlassen hatte, sammelte Kybia ihre Gedanken wieder. — Arbacus war der Ankläger des Glanzus; Arbacus hatte sie hier eingeschleppt; — was dieses nicht ein Beweis, daß er glaubte, sie könne Glanzus mitschuldig sein? — Ja, sie war offenbar in einer Falle gefasst; sie sollte mit beitragen zu dem Untergange ihres Geliebten! O, wie seufzte sie nach ihrer Erlösung! Zum Glück für sie wurde jedes andere Gefühl durch den Schmerz, entzünden zu können, unterdrückt, und als sie über die Möglichkeit ihrer Befreiung nachdachte, wurde sie ruhiger. Sie ließ vieles von der Verzweiflungsgabe ihres Geschicks und hielte nur durch ihre früheren Dienstzeit noch genährt worden. Sie beschloß, zu versuchen, es für ihren Wächter nicht zu scheuen. Und indem sie sich plötzlich keiner obergläubischen Frage in Beziehung auf ihre Hoffnungen klüme erinnerte, hoffte sie durch dieses Mittel zu ihrem Zwecke zu gelangen. Diese Gedanken beschäftigten ihr Gemüt während des übrigen Teils des Tages, und in den langen Stunden der Nacht, und als Sofia am andern Morgen zu ihr kam, besaß sie sich, seiner Schwermutigkeit jene Richtung zu geben, die sie früher so sehr zu vermeiden gesucht hatte.

„Sie wachte jedoch, daß die Nacht ihr mit in der Nacht gelangen könne, und sie mußte daher mit bitterem Wiberstreben bis dahin zu gedulden.“

„Die Nacht“, sagte sie zu dem Sklaven, „ist die einzige Zeit, in welcher wir die Befreiung des Glanzus erwirken können — dann mußst du zu mir kommen. Aber was wirst du wissen?“

„Mein Herr, ich möchte gern so viel wissen, als mein Herr; aber das wird schwer zu erreichen sein. Laß mich denn wenigstens erfahren, wann ich dich genug haben werde, um meine Freiheit zu erkaufen, oder ob dieser Magister sie mir umsonst spenden wird. Bistweilen ist er großmütig. Gedann

möchte ich wissen, ob ich jenen hübschen Läden in der Myropolia*) bekommen werde, den ich schon lange im Auge habe.“

„Es gibt mehrere Arten von Zauberer, um auf diese Fragen Antwort zu erhalten. Die Pyromanteia besteht darin, daß der sprechende Stein mit der Stimme eines Kindes antwortet; aber wir besitzen jenen kostbaren und seltenen Stein nicht. Durch die Gastralomanteia wirkt der Dämon Gestalten auf das Wasser, aus denen sich die Zukunft wahrfragen läßt; aber dazu gehören auch Götter von einer besonderen Gestalt, um die Flüssigkeit aufzunehmen, und diese Götter haben wir nicht. Ich denke daher, die einfachste Zauberer, um deinen Wunsch zu befriedigen, wird die Magie der Luft sein.“

„Ich hoffe“, sagte Sofia zitternd, „daß keine schrecklichen Erscheinungen dabei stattfinden? — Ich sehe nicht gern Gespenster.“

„Sei unbesorgt, du wirst nichts sehen; du hörst bloß an dem Brausen des Wassers, ob deine Frage bejaht wird. Vor allem Dingen mußst du, sobald der Abendstern am Himmel erscheint, die Gärten etwas offen lassen, damit der Dämon eintreten könne; dann mußst du auch Früchte und Wasser als ein Zeichen der Gastfreundschaft dorthin stellen, und drei Stunden nach dem Zündlicht mit einem Gefäß voll kaltem, reinem Wasser hierher kommen, und dann wirst du alles nach dem thessalischen Gebrauch, wie ich ihn von meiner Mutter gelernt habe, erfahren. Aber vergiß nicht, die Gärten offen zu lassen — davon hängt alles ab; sie muß, von der Zeit ab, da du zu mir kommst, drei Stunden lang offen stehen.“

„Sei unbesorgt“, erwiderte der nicht Böses ahnende Sofia, „ich weiß, wie einem ordentlichen Mann zu Mut ist, wenn eine Türe ihm vor der Nase verschlossen bleibt, so wie es mit lang Zeit mit der Türe der Küche gegangen ist; auch weiß ich, daß einer angesehenen Person, wie ein Dämon ohne Zweifel ist, ein kleiner Beweis höchster Gastfreundschaft nur angenehm sein kann. Übrigens bringe ich dir auch hier dein Frühstück, Kleine.“

„Und wie geht es mit dem Verhör?“

„O, die Richter sind immer noch da und schwachen sprechen — es wird wohl das Urteil erst morgen erfolgen.“

„Morgen, weißt du das gewiß?“

„Man sagt es.“

„Und Zoue?“

„Beim Bacchus! Sie muß nicht mehr sonderlich trauern, denn sie war heute Morgen weder stark genug, um meines Herrn ganz wütend zu machen. Ich sah ihn wenigstens nicht genug aus ihrem Zimmer kommen.“

„Befindet sie sich hier in der Nähe?“

„Nein, in den oberen Zimmern; — aber ich darf hier nicht länger plaudern. Gute!“

(Fortsetzung folgt.)

*) Die Sklaven der Bornischen hatten immer mehrere Zimmer ihren besondern Räumen.

*) Die Läden, in denen Wohlgerüche verkauft wurden; mit Wohlgerüchen zu handeln, ist ein häßliches Geschäft.

W a r g e h e n geboten, sonst werden Millionen Torkarrieren... Die deutsche Flotte steht heute unbeschränkt an zweiter Stelle unter den großen Seemächten... Auf lange Jahre hinaus sichert uns unser Geschütz der zweiten Klasse. Warum sollen wir es abermals erweitern? Glaubt man mit einer Wahlparole betretet überlegen zu können? ... Zu einem rücksichtslosen Wettstreit mit England sollte sich unser Volk nicht verleiten lassen. Die Pläne des Flottenvereins sind unerlös. Werden in diesem Jahre die 6 Panzerkreuzer bewilligt, so verlangt er im nächsten zehn neue Linienfahrer als Ersatz für die veraltete Kaiser- und Mittelgeschwaderflotte. Diese Forderung wurde bereits von einem die Interessen der Panzerplattenfabrikanten vertretenden Berliner Blatt aufgestellt.

Zum Schluß führt der sicherlich sachverständige Kritiker aus, daß die Erbschaftsteuer, die knapp 40 Millionen erbringen werde, kaum für ein Schiff reichen werde. Und da heißt es:

„Gibt es nicht dringender Forderungen, falls neue Steuerquellen forderlich, die zu beschließen sind? Die Bewilligung der Forderungen der Besoldungsordnung erfordert 17, die der Abschaffung der Altersgrenze 9, die der Veteranenbeihilfe 20, die der Fürsorge für die Invaliden 30, die der Erhöhung der Mannschafstaxen 14 Millionen...“

Viel stärkere Forderungen vermag unser Volk nicht mehr. Sie durch den Ruf nach dem Bau von Panzerkreuzern herbeiführen zu wollen, zeigt jetzt vor den Wahlen von einem außerordentlich germaßen politischen Verständnis. Jeder Nationalgesinnte muß daher die Agitation des Flottenvereins bedauern und wird ihr auf's schärfste entgegengetreten.

Wenn dadurch die Wahlschlachten verbessert werden können, werden die „Nationalgesinnten“ der Mahnung gewiß folgen — vor den Wahlen. Aber das Volk wird besser an sich durch die Zusammenkunft des Reichstags zuvor zu schätzen, daß Leipzig seine Forderungen bewilligt bekommt. Wer ist sicher!

Neue Kanonen! Der neue Reichshaushaltsvoranschlag wird, der „Mil. pol. Korrespondenz“ zufolge, im Militäretat eine erhebliche Forderung zur Durchführung der Ausstattung der schweren Artillerie des Feldheeres mit 15 Zentimeter-Rohr-Kanonen enthalten. Der schwarzblaue Reichstag hat die Militärverwaltung eben sehr verwöhnt.

Ueber die Märchen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ läßt sich von einer „rheinischen Familie“ erzählen, daß die Engländer die Befestigung von Wilhelmshafen zu Wethnachten in die Luft sprengen wollten. Jetzt ist die Sache wohl bis zum 1. April aufgeschoben worden. Was werden die verweifelten Kriegshelden noch zusammenschwindeln.

Neue Seeresforderungen in Sicht. Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ sollen in der Armee sogenannte „Belastungsgruppen“ eingebracht werden, die das Gelände bei Operationen im Felde wie im Frieden durch Scheinverfehr beackern. Die besonders organisierten Truppen werden vermuthlich den Pionierbataillonen angegliedert werden. Diese Einrichtung wird wieder neue Millionen kosten.

Achtung auf Kricken. Aus einem Wirtschaftsgespräch mehrerer Agrarier im Insterburger Kreise teilt die fortschrittliche „Dtsch. Volkstg.“ mit:

„Als das Gespräch auf die Geheimhaltung der Wahl gelenkt und die Behauptung aufgestellt wurde, daß es sehr unmöglich sei, festzustellen, wie der einzelne Wähler gewählt hat, wies ich ein als konservativ bekannter Gutbesitzer, indem er erklärte, wie er es als Wahlvorsteher machen wird, um die Bestimmung der Geheimhaltung zu durchbrechen. Er führte etwa folgendes aus: Das Couvert des Wahlscheins des ersten Wählers, von dem ich vermute, daß er liberal wählt, treibe ich mit dem Nagel des Daumens in der linken untern Ecke ein, von dem zweiten vermute ich liberalen Wähler in der Mitte und von dem dritten in der rechten Ecke des Umschlages des Wahlscheins usw. — Wenn ich dann die Couverts aus der Urne nehme und öffne, kann ich unfehlbar feststellen, wer von den Verdächtigen liberal gewählt hat. Der Betreffende kommt dann auf die Liste.“

Der Minister sollte eine Verordnung erlassen: Die Wahlvorsteher haben mit beschnittenen Daumennägeln zu erscheinen!

Gefährdung militärdienstlicher Interessen! Das Kriegsgericht zu Berlin verhandelte Freitag gegen die Leutnants Schmidt und Eggers wegen großer Drügereien. Diese Verhandlung wurde geheim geführt — wegen „Gefährdung militärdienstlicher Interessen.“

Keine gelbe Gefahr. In einem Vortrag über Ostasien sagte der Staatssekretär und Wahlmänner a. D. Bernhard Dernburg am Donnerstag, Japan kann das für eine anscheinlich Industrie notwendige Rohmaterial nicht entfernt selbst erzeugen, und der japanische Arbeiter erhalte zwar noch niedrige Löhne, aber seine Leistungsfähigkeit reiche auch kaum zu einem Drittel an die des europäischen heran. Noch auf lange hinaus werde ihm die Hausindustrie besser liegen als die der Fabrikarbeit. Die Schiffahrt und viele der neu gegründeten Großindustrien könnten sich nur durch hohe staatliche Subventionen halten. Aus allen diesen Erscheinungen, die Dernburg durch den Vergleich der Jiffen der deutschen und der japanischen Statistik belegte, schloß er, daß von einer „gelben Gefahr“ für Europa und besonders für Deutschland nicht die Rede sein könne.

Zentrum und Nationalliberal. In der badischen Kammer teilten die Zentrumskandidaten unseren Genossen mit, daß der nationalliberale Kandidat des D. badischen Reichstagswahlkreises, Fabrikant Wittum-Pforzheim, im ersten Wahlgang vom Zentrum unterstützt werde. Das Zentrum werde gar keinen Kandidaten aufstellen. Das Zentrum brachte es bei der letzten Wahl auf rund 6900 Stimmen. Der nationalliberale Kandidat erzielte diese auffällige Unterstützung durch die Erklärung, daß er Gegner des Großblocks sei, und im Kreise stehen sich namentlich nur Sozialdemokraten und dieser nationalliberale Sammellandidat gegenüber. Schwarzblau! !

Zwischen zwei Stühlen auf der Erde. Der Reichsarchivdirektor und „Chineser“ Dr. Goerde will bekanntlich trotz des liberalen Kompromisses für Brandenburg, daß die Kandidatur der Fortschrittspartei überweist, nicht auf den Durchfall verzichten. Er kantherte also für die Konservativen. Da er sich ein nationalliberaler Wahlaufstieg für die Provinz mit — Goerdes Unterschrift. Obgleich er nun bald den konservativen Abtritt leistet und behauptet, daß seine Unterschrift ohne sein Wissen dahingekommen sei, haben die Junker ihn jetzt aufgegeben und einen Herrn v. Bredow aufgestellt. Herr Goerde ist nun ganz — parteilos.

Die fürstliche preussische Regierung. Um die Kosten, die das Hausarbeitsgesetz und die Bestimmungen über die hygienischen Einrichtungen der Arbeitsräume verursacht, erdhängigen zu können, wird nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ die preussische Regierung die ihr zur Förderung der Hausindustrie zur Verfügung stehenden Mittel in Zukunft auch dazu verwenden, Hausarbeitern, welche Einrichtungen in ihren Arbeitsräumen zur Erfüllung der neuen Vorschriften schaffen müssen, die über ihre Mittel hinausgehen, Beihilfen zu gewähren. Wir stehen vor der Reichstagswahl, und in dieser Zeit wird viel versprochen!

Erlass eines Dienstunfall-Versicherungsgesetzes. Wie man vor „Voss. Bl.“ schreibt, sind die Vorarbeiten für ein Unfall-Versicherungsgesetz im öffentlichen Dienst abgeschlossen, jedoch demnächst mit den Ministern der Bundesstaaten in Beratung über die Gestaltung der Vorläge einzutreten werden kann. Der Ge-

sehworf wird die Unfallversicherung nicht auf Beamte beschränken, sondern auf alle Personen ausdehnen, die freiwillig im öffentlichen Dienst der Rettung von Personen und Gegenständen zu Schaden kommen. Dierin gehören auch beispielsweise die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr.

Liberaler Amazonen. Der Wahlschuss der liberalen Frauen in Berlin I fordert die Frauen auf, im Wahlkampf für die fortschrittlichen Schlepperdienste zu leisten. In ihrem Aufruf heißt es:

Der liberale Bürgerstand ist sich seiner Mächten voll bewußt. Er übernimmt die Verantwortung für die militärische Sicherheit der Nation. Die Sozialdemokratie lehnt alle Forderungen für Urnee und Flotte ab. Darum ist es, die Herrschaft der Sozialdemokratie in Berlin zu brechen... Aus Vögeleier für neue Flotten- und Seeresvorlagen kämpfen die freiwilligen Amazonen für den Fortschrittler, obwohl erst neulich Herr Mommsen, fortschrittlicher Kandidat für Berlin II, sich als entschiedener Gegner des Frauen-Klimmrechts bekannt hat.

Unständige aus der Zentrumspresse. Wir waren wiederholt genötigt, die schmutzige und verleumdende Kampfesweise der Zentrumspresse zu brandmarken, besonders auch der Berliner „Germania“, die die Sozialdemokratie als eine vaterlandsfeindliche, auf die Verelendung der Massen hinarbeitende Partei darzustellen liebt. Wir erfüllen nur eine angenehme Pflicht, wenn wir feststellen, daß die „Germania“ sich neuerdings zu etwas besseren Manieren bekehrt hat. Sie schreibt nämlich im Leitartikel ihrer Nummer 382 vom 10. Dezember d. J.:

Wir haben schon unlängst einmal betont, wir sprechen keiner Partei es ab, auch nicht der Sozialdemokratie, daß sie nach ihrem Empfinden glaubt, durch ihr Verhalten dem Vaterland zu dienen. Ob sie darin irt oder nicht, das kann nur die Zukunft... entscheiden.

Leider können wir die Gesinnungen der schwarzen Presse zu genau, um hoffen zu können, daß diese Besserung allgemein und anhaltend sein werde.

Emden Kriegshafen? Die „Kiel. Neuesten Nachrichten“ lassen sich melden, daß Emden zu einem großen Kriegshafen gemacht werden soll. Dabei wird diese Nachricht durch den Hinweis auf den Ausbau des nahen Wilhelmshafen und auf die zu geringe Tiefe des Ems-Jade-Kanals abzuschwächen gesucht. Vor den Wahlen...

Uebrigens waren am Sonnabend Leipzig, der Admiralstabchef, v. Heeringen, der Chef des Marineministeriums, Admiral v. Müller, beim Kaiser. Dieses Aufgebot der obersten Marinefunktionäre wird kaum nur der Erledigung laufender Angelegenheiten gedient haben. Die heftigste Berichterstattung über den geheimen Spionageprozess gegen den Engländer Schulz soll wohl auch ein bishigen Stimmung für neue Flottenrüstungen machen. — Die halbamtliche „Marine-Rundschau“ fordert zur besseren Vertretung der deutschen Interessen in China eine Verklärung des ostasiatischen Kreuzergeschwaders, wozu die „Tägliche Rundschau“ bemerkt, daß die Vorbereitung der Bau neuer Kreuzer seit Jahrzehnten hindurch die Deutschen in China bis jetzt gar nicht bedroht worden...

Ausland.

Die Sozialdemokratie in der schwedischen Ersten Kammer.

Die Sozialdemokratie hat nun 12, statt bisher 4 Mandate in der Ersten Kammer des schwedischen Reichstages erhalten. Das Ergebnis der Wahlen ist so, wie man es nach der Zusammenlegung der Landabthine, die die Wahlen zu vollziehen hatten, voraussetzte. Allerdings hätte man erwarten können, daß der Sozialdemokratie noch ein 13. Mandat zuteil werden würde, aber in dem betreffenden Wahlkreise, Örebro län, machten die reaktionär gesinnten Liberalen gemeinsame Sache mit den Konservativen und verhinderten damit die Wahl des Sozialdemokraten. Unter den gewählten Vertretern der Partei sind vor allem Männer aus der Arbeiterklasse, die in einer langen Reihe von Jahren in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung in hervorragender Stellung gethätig waren, wie der Redakteur S i n d b l a d von der „Ny Tid“ in Östergöt, früher Schulmacher, der Parteikassierer W i l m a n, früher Tischler, der Kassierer vom Volkshause in Stockholm, B e r g l u n d, früher Sägewerksarbeiter, der Seemannsverbandsvorsitzende C h a r l e s S i n d l e y usw., dann aber auch solche, die in der bürgerlichen Gesellschaft eine hervorragende Stellung einnehmen, wie die Professoren Gustaf E. S t e f f e n und H e l g e B e r g s t r ö m, und ferner der Oberarzt am Saters Hospital in Stockholm, Dr. A l f r e d P e t r e n, der von den Parteigenossen in Koppabergs län als Kandidat aufgestellt und als Vertreter der Sozialdemokratie gewählt wurde, obwohl er der Partei nicht angehört. Allerdings hat er das Versprechen gegeben, der Partei beizutreten, mit der er sich innerlich schon lange verbunden fühlte. Namentlich an Petrens Wahl knüpfte sich in der Parteipresse eine längere Auseinandersetzung, wobei betont wurde, daß doch eigentlich nicht richtig sei, bei der Vergebung so wichtiger Vertrauensposten, wie die der Reichstagsabgeordneten, Leuten den Vorzug zu geben, die der Partei nicht als Mitglieder angehören oder auch erst kurz vor dem Beigetreten sind, während man Genossen zur Verfügung hat, die nicht minder befähigt sind und sich in langjähriger Thätigkeit für Partei und Gewerkschaft ein Anrecht auf solches Amt erworben haben. Was die Genossen in jenem Wahlkreise vor allem betrogen hat, Dr. Petrens den Vorzug zu geben, war offenbar der Umstand, daß er ein besonders eifriger Förderer der Abstinenzbewegung ist. Uebrigens hat die Sozialdemokratie auch den Chef des internationalen Guttemperordens, Direktor W a b r i n s k y, der erst vor einigen Monaten der Partei beigetreten ist, in die Erste Kammer entsandt.

Da bei den im September vollzogenen Wahlen zur Zweiten Kammer 61 Sozialdemokraten gewählt wurden, hat die Partei jetzt im gesamten Reichstage 76 Vertreter, was gegenüber dem verflochtenen Reichstage einen Gewinn von 37 Mandaten bedeutet.

Zur Reform des englischen Geschworenensystems ist von der Regierung ein Komitee eingesetzt worden, dem auch Genosse A d g. S n o w d e n angehört. Es handelt sich namentlich um die Neubestimmung der Bedingungen, von denen die Fähigkeit zum Geschworenensamts abhängt, und des Verfahrens bei Ernennung. Veranlassung ist die vielfach geübte parteiliche Justiz der aus den Grund- und Hausbesitzern — worunter in London besonders viel den Konservativen verfallene Schandrotte — rekrutierten Geschworenensamts.

Eine Scheidung innerhalb der schweizerischen Merkanten Partei. In St. Gallen haben die Christlich-Sozialen, die politische Organisation der katholischen Arbeiter, sich von der konservativen (ultramontanen) Partei getrennt und eine eigene Partei gegründet. In der Versammlung wurde erklärt, beide Richtungen seien einander zum Schmutz geworden. Offenbar sollen in der alten Partei die darin maßgebenden großbürgerlichen Interessen links ohne die bisher etwa noch gebliebene schwache Mischung aus Konsumenten- und Arbeiterinteressen vertreten werden, während die neue, um die Arbeiter weiterhin vom Anschluß an ihre Massengemeinschaft abhalten zu können, namentlich die Verantwortung für die dem Herzen der Straße weit näherstehenden agrarischen Elemente viel leichter wird ablehnen können, zugleich auch durch eine Reihe unklar sozialer Forderungen imstande ist, unauffällige Arbeiter im alten Banne zu erhalten. Dabei bringt es die demokratische Verbesserung der Schweiz und die Winderbeitsstellung der Bauern mit sich,

daß eine Reihe fortschrittlicher Forderungen, die auch von unseren Genossen vertreten werden, aufgestellt sind, so namentlich zum Bundes- und Ständerat, Verhältniswahl für alle Körper schaften, staatliche Invaliden- und Altersversicherung, erleichtert Einbürgerung der Ausländer, Schutz des Konstitutionsrechts, Förderung des Genossenschaftswesens, Bekämpfung der Trunksucht und so weiter. Die Welt das alles ernst zu nehmen ist, sich dahin. Sind doch z. B. die Merkanten im Kanton Freibur g, in dem sie die Herrschaft haben, entschiedene Gegner der Verhältniswahl. Und andere Forderungen, wie Unterstellung aller wirtschaftlich Schwachen, Bekämpfung aller ausbeuterischer Erscheinungen und Förderung aller gesunden Bestrebungen auf sozial-wirtschaftlichem Gebiete ohne Unterschied von Partei und Konfession, sind reichlich verschwommen. Am Ende erlebte wir, wenn die Agrarierherrschaft völlig am Amtsrathen sein wird, auch in Deutschland einmal eine gleiche taktische Trennung der „sozialen“ von den rücksichtslos agrarischen Elementen des Zentrums.

Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse. Die Züricher Arbeiterunion hat, verursacht durch die bei Bewegung nachteilige Betätigung einer von den Parteimitgliedern Enderli Vater und Sohn geleiteten, für die gesamte Presse tätigen Lokalcorrespondenz, die namentlich gelegentlich des Parteireferats und der Nationalratswahlen viel Anstoß bei den Genossen erregt hat, dem in Frage stehenden Genossen Dr. Enderli jun. eine scharfe Klage erteilt und zugleich für die Zukunft folgende Grundzüge aufgestellt, die auch dem nächsten Parteitag unterbreitet werden sollen:

Die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse ist den Parteigenossen untersagt, soweit sie interne Angelegenheiten Nachrichten über Versammlungen und Besprechung von Streitfragen der Partei betrifft. Die sozialdemokratischen Organisationen sind verpflichtet, diesen Grundregeln im allgemeinen namentlich auch bei der Belegung von Vertrauensstellen Nachsicht zu verschaffen. Genossen, die sich darüber hinwegsetzen, sind von Vertrauensstellungen zu entfernen, in schwereren Fällen aus der Partei auszuschließen.

Dieser vom Vorstand der Union gestellte Antrag wurde mit 64 gegen 41 Stimmen der Delegierten angenommen, der vom internationalen Verein Eintracht beantragte Ausschluß Viktor Enderlis, der auch dem Großen Stadtrat angehört, aus der Partei abgelehnt.

Die „Volkshilfe“ in Belgien. Nachdem die belgischen Gewerkschaften beschlossen haben, in Gemeinschaft mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine Versicherung zu schaffen, die das arbeitende Volk von der Ausbeutung durch die „Volkshilfe“ der kapitalistischen Gesellschaften zu befreien bezieht, ist es von Interesse, die gleichartige Einrichtung der belgischen Genossenschaften kennen zu lernen, die jetzt auf die ersten vier Jahre ihrer Wirksamkeit zurückblickt. Die „Volkshilfe“ und „Volkshilfe“-Versicherungsgenossenschaft „Providence Sociale“, deren Gründung Genosse B e r t r a n s bereits 1899 auf einem Parteitag vorgeschlagen hatte, trat am 1. Oktober 1907 als Lebensversicherung ins Leben. Zwei Jahre später wurde die Feuerversicherung angegliedert. Vorsitzender des Verwaltungsrats, dem auch A n s e e l e angehört, ist B e r t r a n s. Die Lebensversicherung, die Ende 1907 die ersten 6907 Versicherten mit einem versicherten Kapital von 1.370.315 Francs und 6768 Francs monatlicher Prämien versicherte, ist bis Ende September 1911 auf 106.747 Versicherte, 19.927.084 Francs Versicherungssumme und 96.616 Francs Monatsprämien gestiegen. Die Zahl der Politen der Feuerversicherung betrug am 31. Oktober d. J. 8251. Die Zahl der Bureauangestellten und Agenten betrug 900, für die Mindestgehälter, von 720 Francs mit 17 Jahren an bis auf 1800 Francs mit 25 Jahren steigend, gelten. Die Bureauzeit ist auf acht Stunden festgesetzt, beträgt aber tatsächlich nur sieben. Mit Uebertunden, für die ein Zuschlag von 50 Prozent gilt, darf je zehn Stunden nicht übersteigen.

Das Genossenschaftskapital beträgt 808.200 Francs, die Reserven 722.000 Francs. Davon sind 232.400 in eigenen Grundstücken, 259.500 in Hypotheken auf Volkshäuser und der gleichen angelegt. Diese Ansammlung der Volkshilfgelder zur Verwendung für die Zwecke der Arbeiterorganisationen ist einer der Zwecke der Kasse. Jetzt ist die Einrichtung eines großartigen Verwaltungsgebäudes in Brüssel, das noch Raum für sechs Etagen und zehn Wohnungen bieten soll, beschlossen. Heute noch stehen belgische Kapitalgesellschaften nahezu 4 1/2 Millionen Francs im Jahre aus dem Versicherungsgeschäft, dessen Bedingungen für rückständige Versicherte äußerst hart sind. Mindestens ebenso groß ist der Anteil des ausländischen Versicherungskapitals. Immerhin bedeutet der bisherige Erfolg der Providence Sociale einen schönen Anfang des Befreiungswertes. In dem Berichte heißt es: „Bei der Providence Sociale gibt es keine Kapitalisten, die in Form von dividenden Profit aus den Beiträgen der Versicherten ziehen. Sie ist also sozialistisch. Sie verdient das nicht. Sie ist stolz darauf. Darum wird sie von den Gegnern des Sozialismus in der Presse heftig und andauernd angegriffen. Sie steht in voller Mitte. Darum führen die Versicherungen gegen sie einen verheerenden Krieg, und die Fachpresse beurteilt sie in der schärfsten und ungerechtesten Weise.“ Der Wille des auf dem Boden der Gemeinnützigkeit stehenden und fest gegründeten Unternehmens vermögen die Angriffe der Ausbeutungsinteressen keinen Eintrag zu tun.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Anstunft wird nur ausnahmsweise erteilt. F. A. Kistenfrage. Dieser Anspruch verjährte in vier Jahren; die Verjährung ist also bereits Ende 1909 eingetreten. W. S. Dr. Kistenfrage. Anfragen ohne Namensunter schrift und Wohnungsangabe beantworten wir nicht.

Aus der Geschäftswelt.

Das der Familienwater Weihnachtsmaschine nach einer Maschine zu betriebligen, so möge er seine Schritte nach einer der hiesigen Niederlagen der Singer Co. Maschinen Akt. Ges. die in allen Stadtheiten zu finden sind, lenken, dort wird er von Guten das Beste finden. Die Weihnachtsmaschinen der Singer Co. gelten seit Jahren einen Weltrekord und die Produktion nimmt von Jahr zu Jahr zu. Für den deutschen Markt hat die Gesellschaft in Wittenberge (Bezirk Potsdam) eine eigene große Fabrik errichtet, in der heute schon annähernd 1500 Arbeiter beschäftigt sind. Eine prächtige Maschine ist z. B. die „68“ Maschine, die vollkommenste Singer-Familienmaschine, die bisher existiert. Sie liefert nicht nur die kunstfertigsten Stickeren, sondern auch mit dem „Singer-Stapler“ die feinsten und reichsten Stapselarbeiten. Der Apparat ist ebenso leicht anzubringen, wie zu handhaben, — im übrigen wird jede Dame bereitwilligst mit der leicht und in kurzer Zeit zu erlernenden Handgriffen vertraut gemacht.

Frankfurter Lotterie. In derziehung am 8. und 9. Dezember sind folgende Hauptgewinne gezogen worden: 1. Hauptgewinn auf Nr. 35.455. 2. Hauptgewinn auf Nr. 4200 und 3. Hauptgewinn auf Nr. 69.004. (Ohne Gewähr.) Mitgeteilt von der Firma W. Klement, Ring Nr. 12, Spezial-Lotterie- und Bankgeschäft.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Grottel. — Redaktion und Druckerei: Neue Hauptstraße 7. — Verlag von Grottel & Co. — Druck von Grottel & Co. in Berlin. — Preis 3 Mark.

1. Beilage zu Nr. 290 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 12. Dezember 1911.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Dezember.

Geschichtskalender.

12. Dezember.

1786 Der Dichter Johann Christoph Gottsched in Leipzig †.
1872 Der Maler Heinrich Vogeler in Bremen †.

Die Reichstagswähler-Listen.

Wie jetzt der Magistrat amtlich bekannt macht, liegen die Reichstagswählerlisten für die Wahlkreise Breslau-Ost und West Zwingerstraße 14 vom 14 bis 21. Dezember aus. Dort sind auch einzusehen die Listen der eingemeindeten Orte Kleinburg, Böpelwitz, Dürrgön, Gerdain, Morgenau, Beerbeutel, Gräbchen und der bei Breslau-Land gebliebenen Teile des Gemeindebezirks Klein-Mochern und des Gutsbezirks Friedewalde.

Die Wählerlisten liegen aus: an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 8 Uhr. Sonntag von vormittags 11 Uhr bis 1 Uhr Mittag und von 4 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends.

Gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Listen kann bis zum 21. Dezember Einspruch erhoben werden und zwar schriftlich oder mündlich im amtlichen Listen-Bureau. Dabei ist ein Ausweis (der Militärpaß, die Quittung, Karte, die Geburtsurkunde usw.) vorzulegen. Einsprüche, die nach dem 21. Dezember eingehen, werden zurückgewiesen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee wird eine Abschrift der Wählerliste in seinem Wahlbureau auf dem Sonnenplatz (Grundstück der jüdischen Schulverwaltung) ausgeben; es gibt außerdem Formulare heraus, die das gemeinschaftliche Einsehen der Wählerliste für die Arbeiter und Angestellten von Werksstätten, Fabriken, Kontoren usw. sehr erleichtern. Diese Formulare werden nur im sozialdemokratischen Wahlbureau angenommen; das amtliche Listenbüro, Zwingerstraße 14, weist sie zurück.

Parteigenossen, sorgt dafür, daß alle Wähler die Wählerliste einsehen, damit sie am 12. Januar auch wahlberechtigt sind.

Frauen und Mädchen heraus!

Die große Frauen-Versammlung im März 1911. im Genossin Wehl einen passenden Vortrag hielt, ist noch in aller Erinnerung, und schon oft ist in den Kreisen der Genossinnen gewünscht worden, eine ähnliche Versammlung zu veranstalten. Es ist nun dem Wahlkomitee gelungen, in der Genossin Wally Zeppler aus Charlottenburg eine Rednerin zu gewinnen, die Dienstag abends im Gewerkschaftshaus über die Frauen und das öffentliche Leben einen Vortrag halten wird. In den gegenwärtigen Tagen, wo die Wagen des Wahlkampfes hoch gehen und die Gleichgültigsten aufgerüttelt werden und politisch zu denken anfangen, da ist es auch für die Frauen an der Zeit, im öffentlichen Leben ihre Stimme zu erheben. Und die Rednerin, Genossin Zeppler, bürgt dafür, daß die Frauen und Mädchen Dinge zu hören bekommen, die ihnen nahe liegen und ihrem Wirkungskreis im Hause und bei der Arbeit entsprechen. Wie können deshalb die Genossinnen nur ersehen, dafür zu sorgen, daß recht viel Frauen und Mädchen in die Versammlung gehen. Ihr Männer alle, haltet eure Frauen und Töchter nicht zurück; bleibt selbst einmal zu Hause bei den Kindern und schickt eure Frauen in die Versammlung.

Breslauer Schauspielhaus.

Zum ersten Male: „Die moderne Eva“.

Operette in 3 Akten von Georg Donkowski und Alfred Schönfeld. Musik von Jean Gilbert.

Am Sonnabend genoss man seit langer Zeit wieder einmal den schönen Anblick eines dicht besetzten Hauses. Was man sonst noch genoss, war ja nicht gerade weiterhüllend, aber doch ganz anständig und vom musikalischen Standpunkt recht annehmbar. Das Stück ist nach dem bekannten französischen Schwank „Flug den Frauen“ zurechtgeschneidert und arbeitet nach bewährten Mustern, indem es am Schlusse des 2. Aktes einen kleinen „Seltensprung zum Sentimentalen und Tragischen“ macht. Das Vorherrschende von unwahrscheinlichen Begebenheiten in den modernen Operetten hat uns bereits so anerschreckt gemacht, daß man den selbst in Frankreich unmöglichen (dritten) Bericht widerspruchlos über sich ergehen läßt. Das Buch ist mitunter ganz witzig, aber wenig gracios die Gesangsstücke verraten durch ihre Schwerefülligkeit und Solvenz sofort den Mitverfasser der „Polnischen Wirtshaus“, Alfred Schönfeld. Daß Herr Schönfeld aus Breslau stammt, erwähne ich nicht aus Lokalpatriotismus, sondern weil Herr Schönfeld gelegentlich der Erstaufführung der „Polnischen Wirtshaus“ in einem Separatschreiben darauf Wert legte; ich selbst lege gar keinen Wert darauf. Die Musik des heute überall geliebten Herrn Gilbert zeichnet sich wiederum durch ausnehmend geschickte hübsche Einfälle in orchesterlicher Beziehung und wie versiegenden Melodienfluß aus. Einige besonders wirksame Nummern wurden von den Zuhörern, die bereits durch das Autrittslied des urkomischen Herrn Stössel in die animierteste Stimmung versetzt wurden, zur Wiederholung verlangt. Der „Schlager“ des Abends ein ein reiches Walzerlied, mit welchem ein neuer Akrobatentrick verknüpft ist, mußte dreimal vorgeführt werden. Fräulein Fidler und Herr Brunner; als er vor dem dritten Akt als Froschenschnur wiederkehrte, jana man fleißig mit und begehrte ihn noch ein kunstiges Mal, „weils so gut gegangen war.“ Auch sonst benahm sich das Publikum recht unangenehm. Bald zum Beginn gab es ein Schnattern und Lachen, so daß die Einleitung vollständig unachört vorüberging. Es ist schon so oft darüber geschrieben worden, daß es Sache des Kapellmeisters ist, vor Beginn eines Aktes für die nötige Ruhe zu sorgen und eventuell durch Aufklopfen diejenigen Besucher zurechtzuweisen, welche das Theater mit den Füßen oder Varietee verwechseln. Da wir gerade beim Ersteren sind, so mag hier bald — gleichfalls zu wiederholten Malen — bemerkt werden, daß die Begleitung am Sonnabend viel zu laut war. Es ist nicht nur peinlich mit anzusehen, welche Kraftanstrengungen die auf der Bühne agierenden Künstler machen müssen, um gegen das Dröselgeräusch anzukämpfen. Der Kapellmeister nötigt auch die Sänger durch ein so irrationales Vorgehen, ihre Stimmorgane vor der Zeit zu verausgaben. Leider übernimmt er damit keine juristische, sondern moralische Verantwortung. Da kann es leicht vorkommen, daß einem Künstler, der sich hier seine Stimme ausgeben hat, in einer andern Stadt der Vorwurf der Stimmlosigkeit gemacht wird. Im Publikum wird auch leicht die ganz ichtige Meinung genährt, daß derjenige der größte Künstler ist, welcher am lauesten singen kann. Traurige Zustände.

Die Aufführung war — bis auf einige Kleinigkeiten, welche sich bei den Wiederholungen von selbst ausgleichen werden — ganz vortrefflich vorbereitet. Inher den bereits erwähnten Künstlern waren in größeren Partien die Damen Lang und v. Gröhl, sowie die Herren Bröckel und Sibra beschäftigt. Fräulein Stalka war summe nicht zu verstehen. Die anwesenden Herren Donkowski und Gilbert konnten sich nach dem zweiten und dritten Akt wiederholt mit den Hauptdarstellern dem stürmisch applaudierenden Publikum zeigen. Eine Dame, welche wohl etwas von dem Erfolge der neuesten Operette „Eva“ v n Lehar hatte hören können, sagte zu ihrer Beleiterin: „Das ist der Lehar,“ wobei sie vermutlich Herrn Kapellmeister Rosenbera meinte, der ebenfalls am Schlusse auf die Bühne gerufen wurde. So ist das Leben!

G. R.

Wo steht das liberale Bürgertum?

Der vorige Sonnabend gehörte in Breslau dem gemeinsamen aber trotzdem noch immer gespaltenen Oberallkamus. Die „Vereinigten“ von Heilberg bis Grund hielten im Saale der Neuen Börse eine Versammlung ab, während zu gleicher Zeit die nach links abgewandte „demokratische Vereinigung“ im Konzerthause für die Kandidatur Tschirn warb. Beide Säle waren dicht besetzt, wenn auch nicht überfüllt, so daß die „Vereinigten“ 600 und die Abgeplitterten 2500 Besucher zu verzeichnen hatten. Das ist ein gar deutliches Anzeichen für den Rück nach links im Breslauer Bürgertum. Die politisch aufgeklärten Bürger wollen nicht freikünftig, sondern Demokraten sein. Sie wollen kein Zusammengehen mit den Nationalliberalen, sondern ein solches mit der Sozialdemokratie. Er ist übrigens nicht wahr, wenn Herr Heilberg in der Versammlung in der Neuen Börse erklären zu können glaube, daß die 2500 Konzerthausbesucher in der Hauptfrage Sozialdemokraten gewesen seien. Unsere Genossen sind zur Zeit von der eigenen Partei so in Anspruch genommen, daß sie nur in verhältnismäßig geringer Zahl gegnerische Versammlungen besuchen. Tatsache ist, daß die Versammlung in der Börse einen stärkeren Prozentfuß sozialdemokratischer Besucher aufwies, als die im Konzerthause, denn diesen Genossen lag daran, die gegnerischen Kandidaten Grund und Heilberg näher kennen zu lernen, während Herr Tschirn ihnen ja bekannt ist und auch Oberst Häcke bereits mehrfach in Breslau in Versammlungen gesprochen hat.

Herr Oberst Häcke gab mit herzerweichender Schärfe gegen unsere politischen Zustände und vor allem gegen die herrschende Polizeimacht zu Felde. In unserer Zeit behalte es wahrhaftig keine Aufgabe mehr, es gilt nur der Erbitterung Ausdruck zu verleihen, die in der Bevölkerung herrscht. Im Westen der Polizei liege es, zu diskutieren und auf veringergelichte Schikanen hießen wir fast überall. Noch schreit der Verknümpf Kiewald um Rache und die Wurdhüben, die in Berlin den Arbeiter Geymann erschlugen, seien noch nicht ermittelt. Ein Teil des Gottesgnadentums sei auf die Beamten herabgefallen und habe sie mit einer Zeit Weine umgeben. Aufwendig ist es, Bestimmungen zu schaffen, wonach Beamte, die Geleise überreifen, zu bestrafen sind. Die vereinsgesellschaftlichen und anderen Schikanen werden erst aufgehoben, wenn sie mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bedroht werden. Nachdem der Redner die vom Hochreichstag geschaffenen Befehle einer Kritik unterzogen, kam er auf die auswärtige Politik zu sprechen. Was wäre wohl mit uns geworden, wenn an Stelle des jetzigen Kaisers der Mann schon auf dem Throne gesessen, der dem Abgeordneten Penderbrant Weisheit klatschte. Die Kosten weiterer Rüstungen müssen und-bingt durch Erbschaftssteuern aufgebracht werden. Wir werden dann die Mädchen auf einmal recht friedfertig sehen. Macht nicht den Flugblättern der Schwarzplauen und auch nicht denen der Liberalen. Die Nationalliberalen sind Schwärzmacher ersten Ranges. Sie sorgen nur für die großen Unternehmern und haben für die Angehörigen nichts übrig. Der Freikant spielt sich als den guten bürgerlichen Mann auf, der nicht mit den Sozialdemokraten zusammengehen will. Wir aber wollen kein Schwänzen. Ohne die Sozialdemokratie ist eine freiheitliche Politik nicht möglich. Deshalb wählen Sie Herrn Tschirn und wenn er aus der Stichwahl ausscheidet, dann gehen Sie Mann für Mann hin und wählen Sie den Sozialdemokraten! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Brediaer Tschirn kam in seiner Anrede auch auf den Kampf der Breslauer Polizei gegen die roten Kranchelken. Es sei gar nicht zu beschreiben, was die Szenen, die von der Polizei herausgeschworen werden für einen Eindruck auf Gatten und Kinder machen, die ihre Angehörigen zum Friedhof bringen. Er Redner, habe schon daran gedacht, sich an die Weislichen zu wenden, um auch diese im Namen des Menschentums mitzueinem Protest gegen das polizeiliche Gebahren zu veranlassen. Der Redner polemisierte weiter gegen die geplanten Militär- und Flottenrüstungen und fand hierfür gleichfalls stürmischen Beifall.

In seinem Schlusswort erklärte Oberst Häcke noch einmal ausdrücklich, wer bei der Hauptwahl nicht recht wisse, wenn er keine Stimme geben solle, der möge getrost hingehen und rot wählen.

Es war kein ungeschickter Schachzug des liberalen Wahlkomitees, in den öffentlichen Kundgebungen der Versammlung im Vorkriegs neben der Kandidatenrede des Justizrats Heilberg noch eine Menge von Ansprachen aller möglichen Leute auf die Tagesordnung zu setzen; sollte doch der Anschein, es würde ein recht interessanter Abend werden, möglichst viel Wähler von dem gefährlichen Besuch der Guedle-Versammlung abhalten. Und weiter überlegte man auch zunächst das Endziel der Veranstaltung: die verstärkte Veränderung zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen, indem man von der längst vorgesehenen Sympathie-Ansprache des Stadtrats Dr. Grund vorher ein Sterbensdröckchen mittelste. Solchen kleinen Manövern habe man es zu danken, daß etwa 600 bis 700 Besucher den Vorkriegsabend nicht vermissen.

Nach der Eröffnung durch den Chefredakteur Winkler begann Justizrat Heilberg mit seiner Rede. Sie war für viele der Anwesenden, das wissen wir von liberalen Leuten selbst, eine schwere Enttäuschung, denn man erwartete von dem freikünftigen Kandidaten für Breslau-West ein ungetrübtes, ein kräftiges Referat zu einem wirklich einschlagenden Liberalismus, der in erster Linie den Kampf gegen rechts verstand, und war nicht darauf gefaßt, einen planmäßigen Schmeicheleipolster zu hören. Gleich zu Anfang lobte er die Grundgesetze des erstklassigen Bulow-Lodes, Herrn Heilberg, der bekanntlich bei der vorigen Wahl viel begünstigter als mancher seiner Parteifreunde, die herrliche Paarung zwischen Karpfer und Kantschen eintrat, tut es zwar nicht mehr leid um ihn, aber man hätte doch den gebelnen Zentner: wie schön war es doch! Der Liberalismus habe hier endlich hergeholt, daß er an untereinander politischer Tüchtigkeit nicht fehlt. Besonders heute sei Herr Heilberg über die Abänderung des Majestätsbeleidigungsgesetzes paragrafen. Obwohl die Bagatelprozesse haben aufgehört, aber um so höher sind gerade unter Geltung des neuen Gesetzes die Strafen gegen sozialdemokratische Redaktoren anzusetzen, die ein offenes Wort zu sagen wagen, wegen des Klases, daß auch die kaiserlichen Prinzen arbeiten sollten, Lou Genosse Markwald in Königsberg auf vier Monate, Genosse Geymann in Chemnitz auf sechs Monate ins Gefängnis. Bei der Förderung der Reichsfinanzreform verübte Heilberg mit seinem Worte die Tatsache, daß die Liberalen zunächst auch bereit waren, für die vorgeschlagenen indirekten Steuern zu stimmen; aber ganz auf die Billigung der Nationalliberalen einzugehen laoren seine Rednerungen über das Reichstagswahlrecht. Es war auffällig, wie bei aller Anerkennung des „verhältnismäßig besten“ Reichstagswahlrechts er immer wieder auf seinen Fehler hinwies, — auf dieses System der Gleichheit, das den Hochgebildeten auf gleiche Stufe mit dem Verbrecher stelle. Lauter Doh! und Ehr!, hört! Mühe waren das Echo dieser Bemerkungen. Sehr vorichtig ist Herr Heilberg auch gegenüber den Frauenforderungen; es sei noch nicht zu entscheiden, in welchem Maße die Frauen teilhaben könnten an den politischen Rechten. Ertragsreicher war das Bekenntnis zur friedlichen Auseinandersetzung zwischen den Nationen; aber auch hier lobte Herr Heilberg, Mühe und klar zu sagen, der Freikant würde für weitere Marine- und Militärforderungen nicht zu haben sein, ebenso wie er kein Wort über die Wucherung eines wirtschaftlich parlamentarischen Regierungssystems verlor. Aber für uns ist vor allem bedeutsam, mit welcher Entschiedenheit er wiederholt betonte, daß der Kampf gegen links mit genau derselben Entschiedenheit geführt werden müsse, wie bei gegen rechts; denn „das müßten wir, wenn wir nicht unseren innersten Grundsätzen untreu werden wollen.“ Ein seltsames Bekenntnis; es wirkt auf die Verräter des Zusammengehens mit den Juden prächtige Schlaglichter! Dem Wahlauftritt der Sozialdemokratie warf Heilberg vor, er verflüchtige das Endziel und habe bei den praktischen Forderungen den „liberalen Mantel“ angezogen. Das hätte nicht kommen dürfen, Herr Heilberg! Denn das ist ja eben das Sonderbare: Diese Forderungen werden von uns mit Entschiedenheit vertreten, während der Liberalismus immer auf dem Sprunge ist, sie über Bord zu werfen oder sich mit Kompromissen zu begnügen, bei denen das reaktionäre Gegengewicht stärker ist, als das Erreichte! Zum Schluss kam die Freude über das Zusammen-

Breslauer Schauspielhaus.

Zum ersten Male: „Die moderne Eva“.

Operette in 3 Akten von Georg Donkowski und Alfred Schönfeld. Musik von Jean Gilbert.

Am Sonnabend genoss man seit langer Zeit wieder einmal den schönen Anblick eines dicht besetzten Hauses. Was man sonst noch genoss, war ja nicht gerade weiterhüllend, aber doch ganz anständig und vom musikalischen Standpunkt recht annehmbar. Das Stück ist nach dem bekannten französischen Schwank „Flug den Frauen“ zurechtgeschneidert und arbeitet nach bewährten Mustern, indem es am Schlusse des 2. Aktes einen kleinen „Seltensprung zum Sentimentalen und Tragischen“ macht. Das Vorherrschende von unwahrscheinlichen Begebenheiten in den modernen Operetten hat uns bereits so anerschreckt gemacht, daß man den selbst in Frankreich unmöglichen (dritten) Bericht widerspruchlos über sich ergehen läßt. Das Buch ist mitunter ganz witzig, aber wenig gracios die Gesangsstücke verraten durch ihre Schwerefülligkeit und Solvenz sofort den Mitverfasser der „Polnischen Wirtshaus“, Alfred Schönfeld. Daß Herr Schönfeld aus Breslau stammt, erwähne ich nicht aus Lokalpatriotismus, sondern weil Herr Schönfeld gelegentlich der Erstaufführung der „Polnischen Wirtshaus“ in einem Separatschreiben darauf Wert legte; ich selbst lege gar keinen Wert darauf. Die Musik des heute überall geliebten Herrn Gilbert zeichnet sich wiederum durch ausnehmend geschickte hübsche Einfälle in orchesterlicher Beziehung und wie versiegenden Melodienfluß aus. Einige besonders wirksame Nummern wurden von den Zuhörern, die bereits durch das Autrittslied des urkomischen Herrn Stössel in die animierteste Stimmung versetzt wurden, zur Wiederholung verlangt. Der „Schlager“ des Abends ein ein reiches Walzerlied, mit welchem ein neuer Akrobatentrick verknüpft ist, mußte dreimal vorgeführt werden. Fräulein Fidler und Herr Brunner; als er vor dem dritten Akt als Froschenschnur wiederkehrte, jana man fleißig mit und begehrte ihn noch ein kunstiges Mal, „weils so gut gegangen war.“ Auch sonst benahm sich das Publikum recht unangenehm. Bald zum Beginn gab es ein Schnattern und Lachen, so daß die Einleitung vollständig unachört vorüberging. Es ist schon so oft darüber geschrieben worden, daß es Sache des Kapellmeisters ist, vor Beginn eines Aktes für die nötige Ruhe zu sorgen und eventuell durch Aufklopfen diejenigen Besucher zurechtzuweisen, welche das Theater mit den Füßen oder Varietee verwechseln. Da wir gerade beim Ersteren sind, so mag hier bald — gleichfalls zu wiederholten Malen — bemerkt werden, daß die Begleitung am Sonnabend viel zu laut war. Es ist nicht nur peinlich mit anzusehen, welche Kraftanstrengungen die auf der Bühne agierenden Künstler machen müssen, um gegen das Dröselgeräusch anzukämpfen. Der Kapellmeister nötigt auch die Sänger durch ein so irrationales Vorgehen, ihre Stimmorgane vor der Zeit zu verausgaben. Leider übernimmt er damit keine juristische, sondern moralische Verantwortung. Da kann es leicht vorkommen, daß einem Künstler, der sich hier seine Stimme ausgeben hat, in einer andern Stadt der Vorwurf der Stimmlosigkeit gemacht wird. Im Publikum wird auch leicht die ganz ichtige Meinung genährt, daß derjenige der größte Künstler ist, welcher am lauesten singen kann. Traurige Zustände.

Die Aufführung war — bis auf einige Kleinigkeiten, welche sich bei den Wiederholungen von selbst ausgleichen werden — ganz vortrefflich vorbereitet. Inher den bereits erwähnten Künstlern waren in größeren Partien die Damen Lang und v. Gröhl, sowie die Herren Bröckel und Sibra beschäftigt. Fräulein Stalka war summe nicht zu verstehen. Die anwesenden Herren Donkowski und Gilbert konnten sich nach dem zweiten und dritten Akt wiederholt mit den Hauptdarstellern dem stürmisch applaudierenden Publikum zeigen. Eine Dame, welche wohl etwas von dem Erfolge der neuesten Operette „Eva“ v n Lehar hatte hören können, sagte zu ihrer Beleiterin: „Das ist der Lehar,“ wobei sie vermutlich Herrn Kapellmeister Rosenbera meinte, der ebenfalls am Schlusse auf die Bühne gerufen wurde. So ist das Leben!

G. R.

Aus aller Welt.

München. Am 11. unter Polizeiaufsicht. Wieder wurde in München ein hervorragendes Kunstwerk polizeilich konfisziert: die Reproduktion des von dem Münchener Professor Franz von Stud gemalten Bildes „Schwüle Nacht“. Das bringt selbst die „Münchener Neuesten Nachrichten“ in Dankschuld, die unter anderem bemerken: „Es ist in der Tat mehr als beschämend, daß ein so hervorragendes Kunstwerk in München, der Kunststadt München, konfisziert werden kann. München macht sich durch einen solchen „Ereignis“ vor der ganzen Welt lächerlich. ... Aber vielleicht ist diese neueste Konfiskationsaffäre nicht darum so besonders bedenklich, weil einmal ein gutes Bild von hiesiger Behörde (dem Polizeibeamten) beschlagnahmt hat. Daß von jener Stelle ein verhängnisvoll sein Unterlassen gemacht wird zwischen Kunst und Unkunst, wenn die amtliche „Sittlichkeitspflege“ in Funktion tritt, das ganz einfach nach dem Grundsatz „was ist nicht“ darauf los konfisziert und verboten wird.

das ist es, was so betrüblich wirkt und das Rechtsgefühl künftiger Menschen größtenteils verlegt!“

Wannentende gegen drei höhere Justizbeamte. In München-Gladbach beschuldigten sich die Polizei und die Staatsanwaltschaft mit der Aufführung dreier mysteriöser Attentatsversuche, die gegen drei hohe Justizbeamte verübt wurden. Mit der ersten Post erzielten heute früh der Erste Staatsanwalt Mantell, der im Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen vielfach genannt wurde, ferner der Staatsanwalt Dr. Durckard und der Landgerichtsdirektor Paulsch je ein kleines rollenförmiges Paket von 25 Zentimetern Länge und fünf Zentimetern Durchmesser zugehandelt, die wie die Untersuchung ergab, je 100 Gramm Sprengpulver und 50 Gramm Meßing und Blei in sich enthielten. Da die drei Rollen auch Zündkerzen enthielten, die mit der Schnur, die die Pakete von außen zusammenhielt, verbunden waren, so besteht kein Zweifel, daß gegen die drei Justizbeamten Attentate geplant waren. Durch einen reinen Zufall haben alle drei Beamte die Schnur nicht aufgegriffen, wie es von dem Tölpel beabsichtigt war, sondern sie haben die Schnur aufgeschnitten. Dadurch kamen die Zündkerzen nicht zur Entzündung. Nur einer der Beamten soll sich eine geringfügige Verletzung an der Hand zugezogen haben. Ueber die Person des Täters ist man sich noch völlig im Unklaren. Die Pakete sind gestern abend 8 Uhr in einem Postkasten gefunden worden. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde ein Mann verhaftet, der sich verdächtig gemacht hat, aber es erscheint vorläufig noch sehr unsicher, ob es mit dem Verbrechen in Beziehungen steht.

Schweres Dampfexplosion. Der belgische Dampfer „Laudy“ mit achtzehn Mann an Bord prallte am Donnerstag nacht auf dem Felsen des Steenlons-Reuchturmes in England. Der Einbruch des Wassers geschah so schnell, daß die Mannschaft beschloß, das Schiff zu verlassen. Als das Rettungsboot ins Wasser gelassen wurde, wurde es von den gewaltigen Wogen umgeworfen. Sämtliche Mannschaften fielen ins Wasser, nur dem zweiten Ingenieur gelang es, an Bord des gestrandeten Dampfers noch zu retten, von wo er drei andere Kameraden zu sich heraufziehen konnte. Die übrigen haben den Tod in den Wellen gefunden. Die Schiffbrüchigen waren von der Gnade der Elemente überlistet. In den Morgenstunden wurde der Dampfer von den Felsen losgerissen und trieb als Bruch in die See dem Kanal zu. Die vier Schiffbrüchigen rinderten sich an und kämpften nach Rettung aus. Die Leuchtsignale wurden von dem Dampfer Lichtre gestoppt, der unter großen Schwierigkeiten ein Boot

hingen mit den Nationalliberalen zum Ausdruck; der geehrte Liberalismus schwebte über den Wässern und über den Einzelinteressen, von denen die übrigen Parteien beherzigt sind. Der harte Wille sprach gerade nicht für die Urteilsfähigkeit der Mehrheit der Anwesenden.

Die Aussprache brachte wenig Ersprießliches; ein fürchterlicher Phrasenschwall über die Wässern und über den Einzelinteressen, von denen die übrigen Parteien beherzigt sind. Der harte Wille sprach gerade nicht für die Urteilsfähigkeit der Mehrheit der Anwesenden.

Die Versammlung, welche sämtlich der Ermattung; da wurde sie wieder munter, als ein paar Sozialdemokraten sprachen. Genosse Oroski wandte sich treffend gegen einige Ausführungen Seibergs; es ließ sich sehr merkwürdig, daß dieser das Reichstagswahlrecht deswegen nicht gerecht nennen könne, weil es der Bildung keine besonderen Rechte einräume. Das Wörtchen mit den Nationalliberalen sei demnach, wie man den Fortschritt einzuschätzen habe. Und Genosse Dars genährte unter lebhafter Anteilnahme der Versammlung dem Freisinn recht viele Momente, aber es sollte sie den Jungern abnehmen. Die Breslauer Bevölkerung werde in sozialdemokratischen Abgeordneten wie früher ihre besten Vertreter haben. An Beispielen sollte dann unser Redner, wie mania man sich auf den Abstraktismus verlassen kann und erwähnte die so hart bedrückte Arbeiterklasse; sie habe gezeigt, wie die Arbeiterklasse des Bürgertums eigentlich denke. In Breslau-West werde nicht Herr Seiberg, sondern unser altbewährter Genosse Eduard Reinhold herrschen, aus der Wahl hervorgehen. Ein recht erheblicher Teil der Versammlung trennte unsere Redner lebhaften Beifall. In seinem Schlusswort warf dann Herr Seiberg die freisinnige Frage so, daß sie wieder auf die Feine fiel. Das Treiben und Treiben verheißt er zerrissen, und die unruhige Zeit, wie er es im Schlusswort, wo man ihm nicht mehr antworten konnte, auf die tatsächlichen Reden unserer Genossen antwortete, war kennzeichnend für das Charakterbild dieses Mannes.

Uns freilich hat Herr Seiberg nicht enttäuscht. Er hat nur wieder einmal offenbart, was wir längst wußten: daß er in höchsten politischen Grundfragen den Nationalliberalen näher steht, als anderen Mitgliedern seiner eigenen Partei, und wir sind sicher, daß er der erste wäre, der freudigen Forums an der Veranstaltung des jetzigen Modus mitarbeiten würde. Dieses Bemerkung führt außerordentlich die Situation, denn jeder, der ernsthaft die Niederrichtung der Partei will, wird nur unterem Genossen sein sein seine Stimme geben können.

Die Breslauer Polizei schätzt übrigens die beiden bürgerlichen Richtungen ganz richtig ein. Beim lammfrommen Fortschritt war keine Überwachung vorhanden; im Konserthaus dagegen saßen zwei Kommissare, die fleißig schrieben. So viel Ehre widerfährt selbst uns nur ganz selten, denn im Konserthaus erscheint jumeist nur ein Kommissar und ein Schutzmann. Fast könnten wir da auf die Demokraten neidisch sein, wenn wir nicht auch sonst in jeder möglichen Weise von der Polizei geehrt würden.

Die Breslauer Gewerkschaften

schreiten rüstig vorwärts. Das ist das Ergebnis der Vierteljahrstätigkeit des Gewerkschaftsrates. Am Schlusse des zweiten Vierteljahrs 1911 waren 28.105 Mitglieder in 45 Gewerkschaften, im dritten Quartal wurden 3602 Mitglieder neu aufgenommen, 617 Mitglieder reisten zu, 146 Mitglieder traten aus anderen Organisationen über, jedoch am Ende 32.470 Mitglieder gezählt wurden. Demgegenüber ist ein Gesamtabgang von 2931 Mitgliedern zu verzeichnen. Es reisten 830 aus Breslau ab, 597 Mitglieder traten aus, 116 mußten wegen rückständigen Beiträgen gestrichen werden, ausgezogen wurden 72, 54 Schieden durch Tod aus, zum Militär wurden 132 eingezogen, und 82 sind in andere Organisationen übergetreten. Mit hin blieb am

Schlusse des dritten Vierteljahrs ein Mitgliederbestand von 29.539. Das ist eine Zunahme von 1434 Mitgliedern in drei Monaten, gegenüber der Mitgliederzahl von 26.334 am Jahreschluss 1910 eine Zunahme von 3205.

Am dem Zuwachs sind die Schneider in allererster Linie beteiligt; sie haben ihre Mitgliederzahl fast verdoppelt. Die Metallarbeiter hatten 625 Neuaufnahmen, die Transportarbeiter 281, die Schuhmacher 100, die Holzarbeiter 228, die Fabrikarbeiter 326, die Bauarbeiter 390 usw. Ueberall sehen wir reges Leben. Von den 29.539 Mitgliedern sind 2684 weiblich, 593 männliche Jugendliche und 1910 auswärtige Mitglieder.

Ueber die Arbeitslosigkeit der Mitglieder am Ort ist folgendes zu berichten:

Arbeitslos im Laufe des 1. Vierteljahrs 1911 waren	3502
" " " " 2. " " " "	2671
" " " " 3. " " " "	2106
Am letzten Tage des 1. Vierteljahrs blieben noch Arbeitslose	690
" " " " 2. " " " "	465
" " " " 3. " " " "	390
An Arbeitslosenunterstützung wurde zusammen aus Haupt- und Lokalfonds gezahlt:	
im 1. Vierteljahr	30.356 Mark
" 2. " " " "	27.718 "
" 3. " " " "	27.449 "

Wir sehen also, wie segensreich die Gewerkschaften wirken. Darum kann es nur immer heißen: Hinein in die freien Gewerkschaften!

Der Verein der Saal- und Konzertsalinhaber von Breslau und Umgegend. G. V., verhandelte dieser Tage über die Forderungen der Musiker. Herr Neuberger stellte den Antrag, den Musikern 9 Mark in den Vorkosten zu bewilligen, die vollständig herausbezahlt sind; ferner sollen beide Musikerverbände zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen und ihnen das Verrechnen abgenommen werden, daß sie dem Verein bei etwa später zu fallenden Rechnungen behilflich sein werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In der Tonleiterangelegenheit beharrt Herr Neuberger die den Vereinsmitgliedern zugegangene Resolution und einstellt, mit der Genossenschaft Deutscher Tonleiter keine Verträge abzuschließen. Herr Wirth äußerte sich in längerer Ausführungen über die Massenbälle, die nach Neujahr wieder von den Vereinen vielfach veranstaltet würden. Herr Lumbert gab den Rat, der Vorstand möge für die Mitglieder Platze mit folgender Aufschrift drucken lassen: „Nur eingelassene Gäste ist der Zutritt gestattet. Der Wirt.“ Der Antrag wurde angenommen. Herr Kommer beharrt die Tagesordnung des Berliner Saalbesitzervereins über die Freigabe der drei ersten Feiertage für öffentliche Lustbarkeiten und beantragte, der Breslauer Saalbesitzerverein soll einen gleichen Antrag beim Polizeipräsidenten stellen. Der Antrag wurde zum Beschluss erhoben mit dem Zusatz, erst nach Neujahr beim Polizeipräsidenten vorzulegen zu werden.

Der Zauberkünstler Herr Francois hat am Sonntag im Löwenkäfig des Circus Paris die eingegangene Weite gewonnen. Die Polizei war zunächst gegen das Auftreten des waghalsigen Mannes, hob aber das Verbot auf, nachdem für die nötige Sicherheit gesorgt war. Im Circus war alles sehr aufgeregter, als der Zauberkünstler mit seinen Tischen die Gesellschaft von neun Löwen aufsuchte, um vor ihnen unbewaffnet eine Vorstellung zu geben. Die beiden größten Löwen hatte man zurückgehalten. Die Tiere erwiesen sich im allgemeinen als sehr wohlgezogen. Ein junger Löwe kam bis an einen Zaubertisch heran, wo er vom Löwenbändiger zurückgedrängt wurde. Die meisten Löwen sahen dem Zauberkünstler sehr aufmerksam zu, einige dagegen beachteten ihn garricht. Vor dem Gitter stand ein Feuerwehrmann mit einem Schlauche in der Hand, der zum Spritzen bereit war, außerdem einige Circusangestellte mit geladenen Revolvern. Die Vorstellung im Löwenkäfig ist aber ohne Zwischenfall zu Ende gegangen.

Konsum- und Sparverein Vorwärts. Dienstag, den 12. Dezember dieses Jahres, wird die Rückgewähr für die Nummern 3501 bis 4000 ausgezahlt. An Inhaber anderer Mitgliedsnummern wird nicht gezahlt. Alle Mitglieder, die nicht an dem Tage ihr Geld erheben, das für sie laut Buchnummer bestimmt ist, müssen Dienstag, den 19. Dezember 1911, vormittags von 8 bis 12 Uhr, das Geld abheben. Mitglieder, die gekündigt haben, sollen sich Mittwoch, den 20. Dezember, von 8 bis 12 Uhr vormittags, im Bureau einfinden. Der Vorstand.

den Strom geschleudert. Bisher sind nur vier Leichen geborgen worden. Man befürchtet jedoch, daß die Mehrzahl der abgestürzten Arbeiter in den eifigen Fluten der Wolga umgekommen sind. Die Rettungsarbeiten sind jetzt noch im Gange.

Verhinderung eines Leuchturmes durch einen Dampfer. Der bannische Dampfer „Gudborg“ geriet bei der Einfahrt in den Hafen von Sigt in Northumberland den Leuchtturm am Kopf des West Bier, auf den er mit großer Gewalt gemauert wurde. Das Schiff sah sofort fest und erlitt starke Beschädigungen am Bug. Ein Dampfer ist an Stelle des Leuchturmes am Eingange des Hafens postiert worden, um den einlaufenden Schiffen den Eingang zu zeigen.

Selbstmord. Paul Thiel, der bisherige Direktor einer Pariser größeren Finanzgesellschaft, beging Selbstmord. Ein Diener, der am Abend sein Schlafzimmer betrat, fand seinen Herrn leblos auf dem Fußboden liegend vor. Er hatte durch Erhängen von Leuchtgas seinem Leben ein Ende gemacht. Alle Wiederbelebungsvoruche blieben erfolglos. In einem hinterlassenen Briefe gibt Thiel als Grund zu seiner unglücklichen Tat gänzlich zerrüttete Vermögensverhältnisse an. Man glaubt, daß Paul Thiel ein bedeutendes Defizit hinterlassen haben wird.

Auf der Spur eines Mörder. Paris, 10. Dezember. Wie mitgeteilt wird, hat die Sicherheitsbehörde die Spur des Verbrechers Bonnet, der einen Chauffeur auf der Landstraße bei Chatelais an Brice ermordete, in Köln entdeckt. Die Verhaftung des Mörders soll bevorstehen.

Erderschütterung. Paris, 10. Dezember. Der Aviatiker Bedrines erteilte Anzeige gegen eine unbekannte Persönlichkeit, die einen ihm, dem Aviatiker aus England zugehörigen Scheck über 5000 Francs durch eine dritte Person bei einer Bank einfließen ließ.

Explosion. In Lüttich entstand in dem mit Zischauern dicht gefüllten Wintergarten-Kinematographentheater eine Explosion. Vierzig Personen wurden dabei verletzt, eine tödlich und mehrere andere sehr schwer. Der Hauptverursacher vermochte sich eine maßvolle Rente.

Schreckensstat eines Gerichtsbesizers. Der 85jährige Gerichtsbesizer Lehrer Fluctig von Weizsäcker in Graubünden hat seinen Vater, seine Mutter und zwei Schwestern erschossen und darauf sich selbst durch einen Schuß getötet.

Das Grabmal in Teneffe. New-York, 10. Dezember. Aus der Unglücksgrube von Anzoville steigt Rauch auf, ein Zeichen, daß ein großer Brand unter Tage wütet. Die Zahl der verstorbenen Bergleute beträgt unter 100, da die Leichen nur teilweise eingefahren war. Die Rettungsarbeiten

reife Reformbedürftig? Ueber diese wichtige Frage wird Herr Rechtsanwalt Dr. Fischel Sonnabend, den 16. Dezember, in der Aula des Magdalenenanatoriums einen Vortrag halten. Der Eintritt in diese Versammlung, die vom Bund für Mutterrecht veranstaltet wird, kostet leider 30 Pf. Dadurch wird es vielen Arbeiterfrauen unmöglich gemacht, den Vortrag zu besuchen. Man sollte doch zunächst danach trachten, ein volles Haus zu bekommen. Ist die Versammlung gut besucht, dann bringt eine Zellerfassung mehr ein, als das verhältnismäßig hohe Eintrittsgeld bei schlechtem Besuche, der auch sonst die gute Sache nicht fördert.

Vor dem unbeeugten Betreten des Eises der Oder, der Ohle, des Stabirabens, der Teiche und anderer Gewässer im Stadtbezirk markt der Polizeipräsident. Er erucht alle Eltern, Vormünder, Lehrer, Meister, Dienstherren und dergleichen, die ihrer Pflicht anvertrauten Personen vor dem Betreten des unsicheren Eises zu warnen und ihnen besonders Schiffschulungen nur auf den polizeilich genehmigten Eisbahnen zu erlauben.

In der Breslauer Damen- und Kinderkonfektion läßt der Gewerbeinspektor zeitweilig durch seine Assistentin eine Umfrage vornehmen, wie hoch die Löhne der Näherinnen, Bügler und Seimarbeiter sind. Besonders erstreckt sich die Frage auch darauf, wieviel für die jetzt so in Mode gekommenen Kleidermäntel an Arbeitslohn gezahlt wird.

Leitung, Fenstermacher. Im Maschinens- Institut der Firma Johann Marx, Matthiasstr. 12, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt. Bezug ist ferngehalten.

Die Ortsverwaltung des Transportarbeiter-Verbandes. Achtung, Transportarbeiter. Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Goldenen Reiter“, Klosterstr. 47. Es sind sehr wichtige Dinge zu besprechen. Die Ortsverwaltung.

Das Bureau der Einkommensteuer-Vermögens-Kommission für den Stadtkreis Breslau befindet sich vom 8. Dezember an in dem früheren Oberbergsamtgebäude auf der Neuen Taschenstraße Nr. 2. Fernsprecher (auch für die Kreisstelle) Nr. 1481.

Galtzier und Deutsche. Aus nichtigen Grunde entstand an einem Abend im September 1911 im Dorfe Jaungarten eine Schlägerei zwischen deutschen Dienstmädchen und galizischen Saisonarbeitern. Der Streit, der in einem Wirtshaus begonnen hatte, artete auf der Dorfstraße zu schweren Tätlichkeiten aus. Mit diesen Knäueln und anderen gefährlichen Werkzeugen wurde so umgehauen, daß ein deutscher Arbeiter tot vom Platze getragen wurde. Der den tödlichen Schlag geführt hatte, ließ sich in der Verhandlung leider nicht aufklären. Auf der Anklagebank standen sechs deutsche Weichte wegen Vergehens gegen § 227 des St.-G.-B., monach jeder mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden kann, der an einer Schlägerei teilnimmt, in der ein Mensch ums Leben kommt. Die beteiligten Galtzier hatten sich beizeiten aus dem Staube gemacht, und so konnten sie nicht bestraft werden. Die Beweisaufnahme ergab kein klares Bild. Vier Angeklagte mußten wegen unzureichenden Beweises freigesprochen werden. Die Dienstmädchen Max Schneider und August Womak, denen eine Schuld nachgewiesen werden konnte, wurden zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein Schwindler. Vor einigen Tagen erschien bei einem Gasabnehmer auf der Marktstraße ein etwa 18- bis 19-jähriger junger Mann und gab sich als Angestellter der städtischen Gaswerke aus, der beauftragt sei, die Gasanlage nachzusehen. Er allein anwesende Frau ließ ihn ein, ohne sich die Ausweis-karte vorzeigen zu lassen. Der Fremde, der tatsächlich kein Angestellter der Gaswerke war, hantierte an Gasmesser, dem Gasocher und der Lampe herum und überreichte dann der Frau eine Quittung über 0,90 Mk., ließ sich den Betrag zahlen und nahm die Quittung wieder an sich. Darauf entfernte er sich und bemerkte: „Im Frühjahr komme ich wieder“. Um die städtischen Gasabnehmer vor ähnlichen Verbrechen zu bewahren, sei darauf hingewiesen, daß alle Angestellten der städtischen Gaswerke, die Ausweis-karte besitzen. Die Gasabnehmer tun gut, sich die Ausweis-karte vorzeigen zu lassen, ehe sie einem Unbekannten den Zutritt zur Gasanlage erlauben. Gelddiebstahl sind an die Angestellten, die mit den Gasleitungen zu tun haben, überhaupt nicht zu zahlen.

Eine gewerkschaftliche Taschendiebin scheint die Kriminal-polizei in den letzten Tagen gefast zu haben. Die Frau wurde dabei ertappt, wie sie in einem hiesigen Konsumlager einem Dienstmädchen das Portemonnaie mit Inhalt aus der Tasche entwendete. Bei der körperlichen Durchsuchung der Frau fand man eine ganze Menge leerer Herren- und Damenportemonnaies, Damentaschenpfeife und eine Menge kleiner Bleistifte. Alle Personen, die in der letzten Zeit in Konsumlagern und anderen Geschäften bestohlen worden sind, sollen sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidentiums melden.

ausstieg und die vier Schiffbrüchigen an Bord nahm. Sie wurden in Port Salbot gelandet, von wo sie nach Cardiff weiterfahren.

Eine neue Erfindung Edison. Mister Thomas Alva Edison, dem es bereits vor einigen Monaten gelungen war, Dimer ganz aus Beton aus herzustellen, kündigt jetzt eine neue Erfindung an, monach es ihm auch gelungen ist, Möbel aus Beton aus herzustellen. In der Antikubung brist es, ich hoffe, in einigen Monaten beweisen zu können, daß diese Möbel billig, haltbar und brauchbar sein werden und den Möbeln aus Holz nicht nachstehen. Der Preis eines Stuhles mit Ausstattungen, der sich gegenwärtig in Amerika auf 5000 Pfund Sterling beläuft, würde nach der neuen Methode nur noch 1250 Pfund Sterling betragen. Er hoffe beweisen zu können, daß man die Einrichtung eines Schlafzimmers für 5 Dollar liefern könne.

Großes Eisenbahnunglück. Als der Personenzug Poisson-Paris mit normaler Geschwindigkeit sich dem Pariser Nordbahnhofe näherte und eben an dem Lokomotivschuppen vorbeifahren wollte, fuhr infolge falscher Weichenstellung eine der großen Schnelllokomotiven dem Zuge in die Seite. Von den vierzehn Waggons des Personenzuges, auf denen der Zug außer der Lokomotive und dem Tender bestand, wurden die drei letzten Waggons umgekippt. Fünf Leichen und drei Schwerverletzte sind bisher geborgen worden.

Die Zahl der Schwerverletzten die bisher im Krankenhaus untergebracht worden sind, ist auf acht gestiegen. Unter den Toten befindet sich auch ein Kind, namens Theodor Schmidt. Nach dem Unglücksfall wurde sofort festgestellt, daß die Weiche, die durch ihre falsche Bedienung zur Ursache des bedauerlichen Unglücks geworden war, vollständig zerbrochen und sich in gebrauchsunfähigerem Zustande befand. Es konnte bisher noch nicht erwidert werden, wie die Hauptursache an diesem bedauerlichen Unglücksfall liegt.

Aufrechter Justizfall im Gerichtssaal. Im Verlauf einer Gerichtsverhandlung ereignete sich in Birmingham ein merkwürdiger Zwischenfall. Der Angeklagte namens Field, der wegen Einbruches in ein Geschäft verurteilt war, ergab sich in einem Zwischenfall den Scherz, auf welchem er sich und schlenkerte diesen gegen den Gerichtspräsidenten, der an der Seite des Justizmarschalls saß. Die Verhandlung wurde trotz des Zwischenfalls zu Ende geführt und der Angeklagte zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Verurteilung des Rases. Wie aus Paris gemeldet wird, sind infolge des außerordentlich starken Eisganges die Straßen der hiesigen Hauptstadt eingestürzt und haben die Straße mit sich gerissen. 150 bis 200 Arbeiter, die im Zuge der Rettungsarbeiten in die Straßen gingen, wurden in

schreiten nur sehr langsam fort, da die Mittel unzulänglich und die zu den Verschütteten führenden Stellen mehrfach eingestürzt sind. Die Situation scheint verzweifelt. Die ersten Leichen sind geborgen, worauf sich erschütternde Szenen abspielten.

Schiffsunfälle. Von Korona wird gemeldet, daß der spanische Dampfer „Abels Rod“ bei Petroboz in einem Sturm vollständig verloren gegangen ist. Auch die Mannschaft ist mit untergegangen.

Das Plattboot „Rival“ ist bei Berg gestrandet. Das Boot und die Ladung sind verloren. Die Befragung konnte von einem Dampfer an Bord genommen werden.

Sturm. Im Urmessanal herrscht furchtbarer Sturm. Der Verkehr zwischen Dover und Calais ist vollständig gestört. Passagiere können nicht gelandet werden.

Verurteilung einer Prinzessin. Genf, 10. Dezember. In Montreux wurde von einem schweizerischen Polizeibeamten mit Hilfe der italienischen Polizei ein Ehepaar verhaftet, das beschuldigt wird, einer italienischen Prinzessin Wertpapiere und Schmuckstücke im Werte von 64000 Franc gestohlen zu haben. Die Verhafteten wurden ins Lausanner Gefängnis gebracht.

Wiedererfundene. Das vor einigen Tagen aus der prachtvoll erbauten ehrwürdigen Kirche „Santa Maria Novella“ gestohlene Gemälde, ein Meisterwerk des florentinischen Malers Orcagna ist wieder aufgefunden worden. Zwei der Tat dringend verdächtige Personen wurden von der Kriminal-polizei verhaftet.

Literatur.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Heft 46 und 47 sind erschienen.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 Mark. Abonnements nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, Spektreure und Kolporteurs entgegen. Probe-nummern kostenfrei durch den Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68. Die Heft 46 und 47 sind erschienen. Probe-hefte kostenfrei vom Verlag.

Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin. Eine Erwiderung auf die gleichnamige Schrift des Dr. Fritz Stephan Neumann, Friedland-Berlin. Mit diesem Thema beschäftigte sich eine Flugchrift, die loben im Verlags der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, erschienen ist. Der Preis ist 10 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Spektreure und Kolporteurs.

Heute Abend, morgen Frauen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus mit Frau Zeppler aus Charlottenburg als Rednerin.

Befreiung von Gemeindegeld-Einkommensteuer.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, der Magistrat beschliesse, alle Einkommen von mehr als 660 bis 900 Mark, die jetzt vierteljährlich 1,72 Mark Steuern zahlen müssen, von dieser Steuer zu befreien. Jetzt liegt der Stadtverordneten-Versammlung ein dahingehender Magistratsantrag vor, und es ist möglich, daß sich schon die nächste Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag damit beschäftigt.

Nach der Begründung des Magistrats betrug die Zahl der Steuerpflichtigen in Breslau überhaupt 1911 140.653 und die Gemeindegeld-Einkommensteuer fast 10% Millionen Mark. Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mehr als 630 bis 900 Mark: im Jahre 1910 waren es 241.348 Mark. Der Rückgang in der Zahl der Steuerpflichtigen der Einkommensstufe von 660 bis 900 Mark beruht teils auf der eingehenderen Vereinfachung, teils auf gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen (Personenstands-aufnahme, Einforderung der Lohnnachweise).

Diese Maßnahmen haben dazu geführt, eine erhebliche Zahl von Steuerpflichtigen in höhere Einkommensstufen zu versetzen, in denen sie zugleich der staatlichen Einkommensteuerpflicht unterliegen.

Es gehören deshalb der niedrigen Steuerstufe (660 bis 900 Mark) überwiegend an: inaktive Arbeiter, Dienstmädchen, ältere Personen, die infolge Alters oder Krankheit in der Erwerbsfähigkeit erheblich beschränkt sind, sowie solche Personen, deren wegen der Kinderzahl oder aus wirtschaftlicher Bedrängnis eine Einkommensminderung eingetreten ist. Erwägt man, daß die Höhe seit 1906 auch für die geringere gelohnten Schichten der Bevölkerung gesunken ist, so ist die Annahme berechtigt, daß in der Stufe von 660 bis 900 Mark jetzt diejenigen Steuerpflichtigen Aufnahme finden, welche ehemals der Stufe 420 bis 660 Mark zuzuzählen waren.

In steuerlicher Hinsicht haben jene Personen jedoch an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nicht gewonnen, da auch die Kosten des allgemeinen Lebensunterhalts in gleichem Maße gestiegen sind.

Da bereits bei den Beratungen im Jahre 1906 die Aufhebung der Gemeindegeld-Einkommensteuerpflicht auch für die Stufe 660 bis 900 Mark erwogen worden ist, so glaubt der Magistrat, jetzt, wo die Forderung der Lebensmittel gerade auf die Haushaltungen von geringem Einkommen am empfindlichsten wirkt, der Stadtverordneten-Versammlung die Aufhebung der Steuerpflicht vorzuschlagen zu sollen.

Im Jahre 1910 sollten 241.348 Mark Steuern von den Einkommen mit mehr als 660 bis 900 Mark eingehen; es zeigte sich aber ein Ausfall von 15.755 Mark.

Im Jahre 1911 wird er etwa 40.000 Mark betragen, so daß die Befreiung von der Steuerpflicht für die Stadt einen Verzicht auf 170.975 Mark bedeutet. Dieser Betrag verringert sich noch um die Steuern, die den Kriegsbeteiligten einfließen werden. Außerdem dürfte die gegenwärtige Steuer die uneintreibbaren Steuern eher erhöhen als ermäßigen. Der Magistrat sagt weiter mit Recht, gegenüber den tatsächlichen Gründen, die uns zu dem Vorstehenden veranlassen, dürften etwaige finanzielle Bedenken zurücktreten.

Etwas wie nach Berlin, Cassel, Charlottenburg, Köln am Rhein, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Wiesbaden lassen die Einkommen bis 900 Mark bereits steuerfrei.

Die Freistellung der untersten Steuerstufe würde den Umfang der städtischen Verwaltungsgeschäfte vermindern; die Ersparnis an Verwaltungskosten wird zwar nicht dem Verhältnis der Zahl der Steuerpflichtigen der Steuerstufe zur Gesamtzahl der Steuerpflichtigen entsprechen; doch wird es möglich sein, an Beamtengehältern und Löhnen trotz des Sinkens der Einkommenwörter jährlich etwa 34.700 Mark zu ersparen.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Bürger, die bisher ihr Einkommen von 660 bis 900 Mark versteuerten, später nach der Befreiung das Stadtverordneten-Wahlrecht verlieren. Darauf ist nur zu antworten, daß nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes dieses Wahlrecht erhalten bleibt. Die Befreiungen, nicht mehr wählen zu dürfen, sind also unbegründet.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Wir haben schon am Sonnabend mitgeteilt, daß sich die nächste Sitzung am Donnerstag mit wichtigen Fragen beschäftigen wird. Es ist heute noch nötig, auf einige neue Magistratsvorlagen hinzuweisen:

Ueber die Anlegung der Kurassierstraße haben die städtischen Körperschaften schon wiederholt verhandelt. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte am 1. Juni beschlossen, die städtische Immobilien-Aktien-Gesellschaft soll das über die Mittelteil der Straße südlich hinausreichende Straßenland unentgeltlich abtreten. Die Ausschüsse empfehlen jetzt, eine Entschädigung von 6 Mark für einen Quadratmeter zu zahlen.

Der Wahl- und Verfassungsk-Ausschuß schlägt vor, in den Theater-Sonderauschuß die Stadtverordneten Balhorn, Bischoff, Dr. Bujalowski, Heige, Singer, Dr. Goltschmidt, Dr. Sande, Samburger, Jeron, John, Dr. Kerner II, Landsberg, Mugdan, Dr. Meißner und Dr. Wollner zu wählen.

Am 12. Oktober ist beschlossen worden, die Stadt Kurassiers mit elektrischem Strom zu versorgen und hierfür 60.000 Mark zu bewilligen. Es sind jetzt Schwierigkeiten entstanden wegen der beiden Transformationshäuser. Da die geeigneten Räume fehlen, will der Magistrat zwei Grundstücke für 4000 Mark kaufen.

Für jeden ersten Hund sind seit dem 1. April 1909 20 Mark, für jeden zweiten 30 Mark an Steuer zu zahlen. Trotzdem haben sich, wie der Magistrat sagt, gerade die minderwertigen Hunde vermehrt; die Hundsteuer wird jedoch hinter anderen Stücken bedeutend zurück. Es wird deshalb beantragt, vom 1. April 1913 an für den ersten Hund 30 Mark, für den zweiten und jeden weiteren 40 Mark zu zahlen.

Die Räume der evangelischen Realschule auf der Vorwerkstraße werden vom Magistrat als zu klein bezeichnet; es herrsche großer Platzmangel, obwohl bereits der Zeisengal und ein Klassenzimmer in das Schulmuseum auf der Paradiesstraße verlegt sind. Auch entsprechen die Schulräume nicht den gesundheitlichen Anforderungen. Die Zustände seien auf die Dauer unhaltbar und verlangten dringend Abhilfe. Der Magistrat erklärt einen Erweiterungsbau für notwendig und schlägt vor, ihn auf dem Grundstück Vorwerkstraße 34 zu errichten, das 105.000 Mark kostet.

Ein Grundstück der Oderländer wollte der Magistrat für 98.000 Mark kaufen; der Ausschuß ist einverstanden, will aber nur 70.000 Mark ausgeben. Mehrlich ist es mit dem Grund-

stück Markgrafenstraße 4, das nach dem Magistratsantrag 21.000 Mark kostet, aber nach dem Gutachten des Ausschusses nur erworben werden soll, wenn es für 18.000 Mark zu haben ist.

Die Gastwirtschaft des südlichen Schloßhofes ist an den Restaurateur Fritz Spenner bis 1. Oktober 1912 verpachtet. Der Pachtvertrag soll bis 30. September 1917 verlängert werden.

Im Tierchutzverein teilte der Vorsitzende, Kreisrätin Dr. Becker, dieser Tage zahlreiche Eingänge mit, darunter mehrere Anzeigen über Tierquälereien. In letzter Zeit gingen wiederholte Anzeigen ein, die nicht aus eigener Wahrnehmung gemacht, sondern aus Mitteilungen zweier Personen stammen. Die Untersuchungen ergaben, daß sie stark übertrieben waren. Solche Anzeigen machen unnütze Arbeit und schaden dem wahren Tierchutz ungemein. Häufig hört man: „Wo ist der Tierchutzverein?“ Das scheint, als hätte der Verein die Tierquälereien verhindern können. Jeder soll sich als Tierchutzverein ansehen und handeln, nicht aber alles vom Verein erwarten, der unmöglich bei den vielen Tierquälereien dabei sein kann.

Nachträge der Städtischen Straßenbahn. Um vielfach geäußerten Wünschen der Fahrgäste entgegenzukommen, wird die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn neben den neu-eingeführten Nachträgen auf den Strecken 2, 5, 6 und 21 von Sonnabend, den 9. Dezember, an den Nachmittags-Nachverkehr auf Strecke 18 wieder herzustellen. Es verkehren von Christophorplatz ab ein Zug 12,05 nach der Lohstraße, 12,15, 12,25, 12,35, 12,45 nach der Bahnhofsstraße. Die letzten 4 Züge haben an der Viktoriastraße, Ecke Südweststraße, Anschluß durch Viktoria-, Sedan- und Lohstraße zum Bahnhof 1 der Straßenbahn. Von demselben Tage an verkehren die Nachträge der Strecke 6 (ab Büchelwitz 12,05, 12,15, 12,25, ab Ring 12,25, 12,35, 12,45) nicht mehr nicht nur bis zur Brunnstraße, sondern bis zum Endpunkt am Strahlen Tor und fahren von hier aus über Brunnstraße-Lohstraße zum Bahnhof I ein.

Von der städtischen Sparkasse. Wegen des großen Andranges nach dem Weihnachtsest ist die Hauptstelle Köpenickerstraße 70 auch von 1 bis 3 Uhr nachmittags geöffnet, im ganzen also von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Es empfiehlt sich, in jedem Falle, die Sparkasse so früh wie möglich zu besuchen. Es sei noch darauf hingewiesen, daß Sparconten an allen Zahlstellen, gleichviel wo das Sparbuch ausgestellt ist, angenommen werden. Ausnahmen in diesem Zusammenhang nur dort erfolgen, wo das Sparbuch ausgestellt wurde.

Am gestrigen kubernen Sonntag herrschte in den Straßen ein buntbewegtes Leben. Vor den Schaufenstern war ein solch starker Andrang, daß stellenweise der Verkehr stockte. Es wurde viel gekauft, besonders in den Kauf- und Warenhäusern. Auch aus der Provinz waren viel Leute gekommen, um Einkäufe zu machen. Die Straßenbahnen machten auch sehr gute Geschäfte.

Wescheffälligung. Der in diesem Jahre vom Reichsgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilte Maschinenmeister Josef Kemane aus Breslau wurde heute von der hiesigen 2. Strafkammer zu noch zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er soll im Jahre 1909 den Breslauer Vorstudiumverein und noch einige andere Breslauer Kreditinstitute durch Wescheffälligungen geschädigt haben. Sein Mitthäter, ein gewisser Josef P., hat sich in Berlin während der Untersuchungshaft aufgehängt. Weil dieser Prozeß im Zusammenhang mit dem Spionageprozeß steht, wurde teilweise hinter verschlossenen Türen verhandelt. Der Angeklagte wurde in Zuchthauskleidung aus der Untersuchungshaft vorgeführt.

Dumboldverein für Volksbildung. Donnerstag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, wird Herr Pastor prim. Müller (von St. Salvator) im Saale des „Goldenen Zepters“, Klosterstraße 47, einen von zahlreichen Lichtbildern begleiteten Vortrag: „Der Rhein von der Schweiz bis zur Nordsee, halten. Der Eintritt ist für Jedermann, Männer wie Frauen, frei.

Lithographen und Steinbruder. Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, öffentliche Mitgliederversammlung im „Goldenen Zepter“, Klosterstraße 47.

Achtung, Steinarbeiter! Dienstag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Zimmer 3/4 des Gewerkschaftshauses.

Stadttheater. Montag „Jar und Zimmermann“. Dienstag „Carmen“. Mittwoch Gastspiel des gl. Kammerjägers Friedrich Flajschle, „Der fliegende Holländer“. Donnerstag „Madame Butterfly“. Freitag „Tannhäuser“. Sonnabend Gastspiel der Königl. Kammerjägerin Margarete Siems, „Traviata“.

Lobe-Theater. Am Montag, Mittwoch und Freitag: „Gudrun“. Dienstag „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“. Donnerstag „Lobe und Heimat“. Sonnabend zum ersten Male „Der Eisentanz“ und „Loth des Herzens“.

Thalia-Theater. Montag, Sondervorstellung für die Vereinigten Handlungsgehilfen-Vereine, „Die Orientreise“ (Anfang 8 Uhr). Mittwoch, Gruppe C, „Im weißen Hölzl“. Donnerstag (graue Karten) „Die Geschwister“. Freitag, Gruppe D, „Im weißen Hölzl“. Sonnabend (blaue Karten) „Vorbeerbaum und Bettelstab“.

Schauspielhaus. Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: „Die moderne Eva“. Dienstag: „Zigeunerliebe“. Freitag: „Der Koboldgeuner“.

Kirchspielhalle. Heute abend große Galavorstellung mit vollständigem neuem Programm.

Erhängt aufgefunden wurde am Sonnabend früh in seiner Wohnung am Hofmarkt 3 der 48 Jahre alte, verheiratete Arbeiter Paul Walter.

Geunden wurden ein Fahrrad, ein goldener Damenring, eine Brosche, eine schwarze Altemappe, eine Korbflasche, ein Selbstbinder, fünf Pack Zigarren, eine silberne Damenuhr und ein Medaillon. Zu erfragen im Polizei-Präsidium.

Neueste Nachrichten.

Spionage-Geschichten.

Breslau, 11. Dezember. (W. Z. B.) Durch den augenblicklich in Leipzig vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommenden Spionageprozeß ist man einer in ganz Deutschland verzweigten, gut organisierten, in englischen Diensten stehenden Spionenkabale auf die Spur gekommen. Die Spur zeigte nach Wilhelmshaven, wo, wie es sich bis jetzt sicher herausgestellt hat, eine ganze Spionenkabale zentralisiert ist. Sie besteht aus mehreren Personen, die in Wilhelmshaven der Schutzmann Wilhelm Glauchs mit mehreren Komplizen unter dem Verdachte der Spionage verhaftet worden. Die eingehenden Untersuchungen hatten namentlich die Notwendigkeit ergeben, die sofortige Verhaftung mehrerer Personen vorzunehmen. Diese wurden hier in einem Gartenhause bereits seit längerer Zeit unangekündigt. Man wollte in der Nacht von Sonnabend zu

Sonntag „das Nest ausheben“. Als man jedoch im geeigneteren Momente in das von Polizeibeamten umzingelte Haus einbrang, fand man keine Spur von Spionen mehr vor. Sie waren auf bisher noch völlig unaufgeklärte Weise entflohen. Schließlich entdeckte man am Sonntag morgen im Militärgefängnis, in das der verhaftete Schutzmann Glauchs in Verwahrung eingeliefert worden war, daß auch dieser in der letzten Nacht aus dem Gefängnis entflohen war, vermutlich mit Hilfe der bereits aus dem Gartenhause entflohenen Helfershelfer, die, wie sich später herausstellte, durch einen unterirdischen Gang, der mit einer nahegelegenen Villa verbunden war und aus dieser Villa ungeheuren entleeren konnten. Alle Spuren der Flüchtlinge weisen nach Hamburg hin. Glauchs wird von den Behörden als der Hauptmatador und Leiter der Bande angesehen.

Wilhelmshaven, 11. Dezember. In der vergangenen Nacht ist der wegen Hochverrats und schweren Einbruchdiebstahls verhaftete Schutzmann Glauchs aus dem hiesigen Militärgefängnis ausgebrochen. In das man ihn tags zuvor eingeliefert hatte. Er hat seine Zelle gewaltig geöffnet und ein dicht vergittertes Oberlichtfenster, das auf den Hof hinabführte, erbrochen. Dann ist er mittels einer vier Meter langen Latte, die ihm seine Helfershelfer reichten, aus dem Fenster in den Hof hinabgesprungen. Hat dort eine hohe Mauer überleitet und ist so ins Freie gelangt. Diese verwegene Flucht ist, das steht fest, nur mit Hilfe von Helfershelfern möglich gewesen. Man vermutet, daß er sich nach Holland gewandt hat, jedenfalls werden die Spuren nach dort. Der Regierungspräsident hat auf die Ergreifung des Flüchtlinge eine Belohnung von 500 Mk. gesetzt.

Entdecktes Komplott.

Lissabon, 11. Dezember. In Lissabon ist ein ernstes Komplott entdeckt worden. Matrosen des portugiesischen Kreuzers „Sao Gabriel“, eines der größeren portugiesischen Kriegsschiffe, die während der Revolution den königlichen Palast der Hauptstadt beschossen, vereinbarten mit dem 16. Infanterie-Regiment, das in Lissabon einquartiert ist und mit einer Anzahl Zivilisten einen Nachtangriff auf die republikanische Garde, die beschuldigt wird, Ausschreitungen bei der Unterdrückung der letzten Familie begangen zu haben.

Türkische Flugfahrzeuge.

Paris, 11. Dezember. Die hiesige türkische Botschaft hat jetzt definitive Unterhandlungen mit mehreren französischen Flugzeugfabrikanten wegen Bestellungen einer großen Anzahl von Ein- und Zweideckern angeknüpft. Diese sollen in Tripolis und der Cyrenaika Verwendung finden.

Wissensversuch.

Konstantinopel, 11. Dezember. Auf der Eisenbahnlinie Nestli-Salonichi war beim Kilometerstein 117 ein Bombenattentat geplant worden. Durch die Aufmerksamkeit eines Wächters konnte jedoch noch zu rechter Zeit dieses Attentat, das von entsetzlichen Folgen auf den Zug und die Passagiere hätte begleitet sein müssen, verhindert werden.

Republikanische Bank.

Schanghai, 11. Dezember. In diesen Tagen ist hier mit einem Kapital von fünf Millionen Taels eine republikanische Bank von China gegründet worden. Das erste von dieser Bank ausgegebene Exemplar eines Fünfdollarscheines wurde von einem begeisterten Anhänger der Revolution mit fünfhundert Dollar und die erste Fünfdollarnote von einem anderen mit siebenhundert Dollar bezahlt. Bei der noch immer andauernden allgemeinen Erbitterung gegen die Dynastie und der tiefen Bank-Unternehmen entgegengebrachten Begeisterung wird das neue Papiergeld im chinesischen Geschäftverkehr kaum auf irgendwelche Schwierigkeiten stoßen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wegst. in Meilen	Wasser	11. 12.	12. 12.	13. 12.	14. 12.	15. 12.	16. 12.	17. 12.	18. 12.	19. 12.	20. 12.	21. 12.	22. 12.	23. 12.	24. 12.	25. 12.	26. 12.	27. 12.	28. 12.	29. 12.	30. 12.	31. 12.	1. 1. 1913.	
11. 12.	—	—	1.40	0.49	0.60	0.66	1.26	1.02	—	1.70	2.00	2.70	3.00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. 12.	0.97	0.05	1.11	0.32	3.48	0.50	1.84	1.56	0.38	0.08	4.80	2.68	0.23	1.20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wasser	11.66	10.92	12.12	0.42	2.46	2.07	1.47	2.38	1.68	1.56	5.00	0.14	1.36	0.47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Ausdehnungsböden: 1. Kottwitz 8.50; für Trefden (Oder) Höhe-Niederung 3.27

Der Jahlabend

- ist Montag, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr in folgenden Lokalen:
- Distrikt 1 (Bahh), Friedrichstr. 60 a, Ref. Gen. Feiert.
 - 2 (Sauerbr.), Viktoriastr. 34, Ref. Gen. Dionsky.
 - 3 (Gräbisch, Vorst. südl.), Gräbischenerstr. 74, Referent: Genoffe Th. Müller
 - 3a (Gräbisch, Vorst. nördl.), Siebenhufenstr. 19, Ref. Gen. Herrmann.
 - 4 (Misolator), Schweitzerstr. 23, Ref. Gen. Bödler.
 - 6 (Leitnerstr. 12/14, Ref. Genoffe Krollig
 - 6 (Hilberbrandstr. 25, Ref. Gen. Darf.
 - 7 (Langegasse 62, Ref. Gen. Löbe.
 - 8 (Obertor), Heinrichstr. 5, Ref. Gen. Neulitzh.
 - 8a (Kleischauerstr. 33, Ref. Gen. Stöhr.
 - 9 (Michaelstr. 3, Ref. Gen. Anders.
 - 9a (Enderstr. 6, Ref. Gen. Kawalla.
 - 10 (Sandtor), Delsenerstr. 8, Ref. Gen. Machol.
 - 11 (Michaelstr. 26, Ref. Gen. Meise.
 - 12 (Segeim. Vorst.), Paulstr. 42, Ref. Gen. Seibold.
 - 13 (Dürrstr. 68, Ref. Gen. Senf.
 - 15 (Ohlauer Tor), Gewerkschaftshaus, Ref. Gen. Ziegler.
 - 13 (Strehleiner Tor), Bubenstr. 30, Ref. Gen. Wolff.
 - 16a (Vohrauer Tor), Vohrauerstr. 70, Ref. Gen. Philipp.
 - 17 (Schweidnitzer Tor südl.), Neudorfstr. 92, Ref. Gen. Nedel.
 - 17a (Schweidnitzer Tor nördl.), Neudorfstr. 65, Referent Gen. Doč.
 - 18 (Innere Stadt östl.), Reberberg 7, Ref. Gen. Ledas.
 - 19 (Innere Stadt westl.), Kupferhämmerstraße 21, Ref. Frau Lamatsch.
- Sanddistrikt 6 (Böpelwitz), Böpelwitzstraße 23, Ref. Gen. Meier.
" 10 (Gräbisch), Dorfstr. 27, Ref. Gen. Bartich.
" 14 (Derdain, Dürrgou), Schönstraße 21, Referent Genoffe Crowsig.

Aus der Geschäftswelt.

Was wir wollen!

Spanien, nach heutigem Stand, ohne dabei Rücksicht zu haben. Spanien ist zwar eine gute Eigenheit, doch nur, wenn man sie an richtiger Stelle verwendet. Wenn Sie z. B. einen Anzug oder Paletot kaufen, müssen Sie sich darüber klar sein, welchen Preis die Ihren Anforderungen entsprechend dafür ansetzen, das heißt auch, wo Sie diese Sachen am besten erwerben können. Sie dürfen nicht sich dessen bewusst, daß man nur in einem Geschäft mit strengem Preis zu kaufen gut sein kann, weil man in einem solchen ausreichende Waren für sich selbst erhält. In dieser Erkenntnis haben Sie die Garantie, Ihr Geld an richtiger Stelle ausgegeben zu haben. Als ein Geschäft mit strengem Preis und strengem Preis empfehlen wir Ihnen die neu gegründete Firma Deutsche Warenhandlung, Berlin, Unter den Eichen 17/18, das heißt, am Köpenicker Platz. Jetzt bekommen Sie die Firma beschreiben Sie auf rasche Mitteilung der nachstehenden Briefmarken und sind die Preise derselben anzuwenden. (Breslau 1912)

Entlohnung.

Für die ausgeperrten Tabakarbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	555,35 Mt.	Liste 282 Sattler	8,05 Mt.
Liste 331 Stückarbeiter	5,10	273	4,20
333	10,35	254	2,40
331	16,70	255	4,60
344 Tabakarbeiter	8,50	Verband der Sattler	25,—
113 Gemeindecarb.	6,80	Liste 343 Tab.-Arb.-V.	10,20
367 Löcher	6,10	340	3,25
369	3,80	338	2,—
50 Sattler	7,10	337	1,80
234 Frankf.-Arb.	3,80	336	3,00
49 Wörcher	2,75	274 Schneider-V.	5,85
48	7,50	275	2,35
47	4,50	276	2,70
46	5,20	277	3,60
Verb. d. Sattler	20,—	279	3,70
Durch Wagner	15,—	281	10,—
Liste 365 Legitarbeit.	4,10	283	8,75
Verb. d. Schmiede	40,—	284	8,—
Liste 316 Steinarbeiter	2,85	285	4,20
317	4,90	286	3,25
315	5,80	249	12,—
251 Sattler (verl.)	4,—	290	6,35

Summa 879,05 Mt.

Liste 251 ist verloren gegangen.
U. Weikert, Kassierer, Nikolaistraße 18 19, 1.

Berjamlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Montag, den 11. Dezember:
Zahlabend im Billardzimmer.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 12. Dezember:
Große öffentliche Frauen-Versammlung im Saale.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
Zigarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung. Zimmer 3-4.
Beiger und Polierer. Versammlung im Zimmer 7.
Mittwoch, den 13. Dezember:
Deutscher Bauarbeiter-Verband. Versammlung im Saale.
Polierarbeiter (Maschinenarbeiter). Versammlung im Zimmer 2.
Handlungsgehilfen. Versammlung im Zimmer 3.

Donnerstag, den 14. Dezember:
Töpferer-Verband. Versammlung im Zimmer 1.
Verband der Töpfer. Versammlung im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 15. Dezember:
Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. General-Versammlung.
Sonabend, den 16. Dezember:
Verband der Gärtner. Versammlung im Zimmer 5.
Arbeiter-Öffentlichkeiten. Versammlung im Zimmer 6.
Sonntag, den 17. Dezember:
Krankenkasse der Töpfer. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Zimmer 3.
Montag, den 18. Dezember:
Verband der Schneider. Versammlung im Zimmer 2.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Der nächste Zahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist Montag, den 11. Dezember, in den bekannten Lokalen.
Distrikt 7 (Mikolajtor).
Unser Zahlabend am Montag, den 11. Dezember, wird nur in einem Lokal, im Gasthaus „Zur Stadt Meß“, Sangegeße 62, abgehalten.
Distrikt 8 (Oderfor).
Um allen Mitgliedern zu ermöglichen, am diesmaligen, so wichtigen Zahlabend teilzunehmen, haben wir ein anderes Lokal gewählt. Der Zahlabend wird Montag in Jänisch Brauerei, Heinrichstraße 5, abgehalten. Genosse Neulirch wird sprechen.
Distrikt 10 (Sandbar).
Unser Zahlabend wird Montag wieder in dem früheren Zahlabendlokal Delsnerstraße 8 abgehalten. Redner ist Genosse Machol.
Distrikt 14 (Chianer Tor).
Umständehalber kann unser Zahlabend diesmal nicht Montag abgehalten werden, er muß Dienstag, den 12. Dezember, in unserem Distriktlokal Königgrätzerstraße Nr. 19 togen. Redner ist Genosse Th. Müller.
Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.
Landdistrikt 6 (Wöschwid). Montag, den 11. Dezember, Zahlabend bei Mikulle, Fepelstraße 3. Da noch mehrere Wähler fehlen, werden die Genossen und Genossinnen aufgefordert, recht zahlreich zu erscheinen.

Landdistrikt 10 (Bezirk Gräbchen). Montag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr: Zahlabend bei Knoll, Gräbchen 27. Es handelt sich um die Einleitung der Wahlleiter.
Landdistrikt 13 (Bezirk Orlaschin, Woißhuth, Wessig). Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr in Orlaschin bei Müller: Allgemeine Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Die Vorarbeiten für die Reichstagswahl. Redner: Genosse Scholich. 2. Vereinsangelegenheiten. In dieser Versammlung werden die Wahlleiter eingeteilt. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Notwendig ist auch das Erscheinen der Frauen.
Brieg. Wahlkomitee- und Vorstandssitzung Montag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, bei Genossen Rütche, Logaustraße.
Brieg. Materialausgabe zur Flugblattverbreitung in der Stadt Dienstag, den 12. Dezember, abends von 6 Uhr an.
Gros-Rosen. Wahlverein. Mittwoch, den 13. Dezember, abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Jung. Wichtige Tagesordnung.
Jauer. Öffentliche Wählerversammlung am Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Grünen Adler“. Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahl im Kreise Jauer-Landeshut-Vollenbain und die Parteien. 2. Freie Diskussion. Referent: Stadtvorordneter Genosse Löbe-Breslau.

Preiskontrollen der hiesigen Markt-Notierungskommission.
Breslau, den 9. Dezember.

Ware	alte		mittlere		geringe Sorte	
	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.
Weizen, weißer neu	20 10	19 20	19 10	18 20	18 10	17 10
Weizen, gelber neu	20 —	19 10	19 —	18 10	18 —	17 —
Woggen	17 90	17 40	17 30	16 40	16 30	15 40
Haarweizen	20 —	19 50	19 10	17 70	—	—
Gerste	16 —	15 75	15 50	15 20	15 20	14 50
Hafer	17 00	17 40	17 30	17 10	17 —	16 80
Vielweizen	24 50	27 50	26 50	25 50	24 50	23 50
Erbsen	21 50	21 —	19 40	18 40	18 —	17 50
Baumwolle	26 —	—	24 50	—	23 50	—

Seit der 100 Kar. 5,50—9,— Mt.
Ranzschrot bei 100 Kar. 4,90—5,40 Mt.
Brot 100 Kar. 3,20—3,40 Mt.
Breslau. Wehlmarkt. 24 Kar. feiner bei 100 Kar. mit. 24,25 Mt.
Weizenmehl bei 100 Kar. 24,00—24,25 Mt. Magermehl bei 100 Kar. 24,25 Mt.
24,75 Mt. Magermehl bei 100 Kar. 24,25 Mt. 24,25 Mt. 24,25 Mt.
Brot bei 100 Kar. 13,75—14,25 Mt. Brot bei 100 Kar. 13,25—13,75 Mt.

Am 8. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied, der Stellmacher Herr
Karl Müller
im Alter von 66 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer (Filiale Breslau).
Beerdigung: Montag, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Maria-Magdalenen-Kirchhofes, Eade Löwestr.

Nachruf!
Am 6. Dezember verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Fuhrknecht
Heinrich Simon
im Alter von 45 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltung Breslau).

Freitag, d. 8. d. Mts., verschied unser Verbandskollege, der Gussputzer
Friedrich Wischhoff
im Alter von 53 Jahren.
Leicht sei ihm die Erde!
Verwaltungsstelle deutscher Metallarbeiter.
Verband Jauer.

Stadt-Theater.
Montag 7 1/2 Uhr:
„Jar und Zimmermann“.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Carmen“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Friedrich Raschke
„Der fliegende Holländer“.

Liebig's Etablissement
Otto Reutter
und das brillante
Dezember-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Lobe-Theater.
Montag 7 1/2 Uhr:
„Sabran“.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Wolfsheide“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Die Piccolomini“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Sabran“.

Viktoria-Theater
Donat Dezember: Gastspiel
Original Parisiana
„Verbotene Frucht“
„Ein wenig Musik“
„Lo Nummer 33“
Donnerstag: Original-Parade.
Mittwoch 8 Uhr: 5013
Donnerstag 8 Uhr: 5013

Thalia-Theater
Montag 8 Uhr:
Erbereicherung für die vereinigten
Schauspieler-Vereine:
„Die Orianen“.
Mittwoch 8 Uhr: Gastspiel
„Im weichen Höl“.
Donnerstag: Original-Parade.
Freitag 8 Uhr: Gastspiel
„Im weichen Höl“.
Samstag: Original-Parade.
Sonntag: Original-Parade.
Montag 8 Uhr: Gastspiel
„Im weichen Höl“.
Dienstag 8 Uhr: Gastspiel
„Im weichen Höl“.

Zeltgarten
Willy Haase
mit seinem Orchester.
2 Burlesken
zum 10. Jahrestag.
Anfang d. Mts. Programm.
Entree 20 Pf.

Schauspielhaus
Montag 8 Uhr:
„Die moderne Frau“.
Dienstag 8 Uhr:
„Die moderne Frau“.
Mittwoch 8 Uhr:
„Die moderne Frau“.
Donnerstag 8 Uhr:
„Die moderne Frau“.

Grössies Wunder
Donat unter Pate. Anfang 8 Uhr.
10 Uhr: Gastspiel. Donnerstag 10 Uhr.
Freitag 10 Uhr. Samstag 10 Uhr. Sonntag 10 Uhr.
Anfangfabrik: Wallstrasse 17a, 1
In der Nähe der Nikolaikirche

CIRCUS
HELYN
HATLE
Breslau, Circ. Busch-Gebäude.
Luisenplatz. Tel. 3-24.
Montag: 11. Dez. 1911
Abends 8 Uhr 589
Vollständig neues
Gala-Programm
u. a.:
Ella Vendaro-Truppe
Helene Deike
Monsire-Tableau
von 45 edlen Rassepferden
5 Weltreize 5
Prolog: artl. Prologiert!
Carl Eugen-Truppe.
Dienstag, 12. Dezember 1911:
Gala-Soire.

Palmengarten.
Das von vorigem Jahre
so beliebte
Elite-
Damen-
Blasorchester
Sichtung Janietz.
Eintritt frei.
Erstg. Kapell: Schlachtfest.

Bergstr. 27.
Freundl. Wohnungen zu 11,50 Bk.
10 Bk. bei bad. in anst. 8000

Ich
verchenke
1 mit gelbem Gürtel, Sommer-
tag oder 1 Winter mit Dornen-
Gürtel bei G. Müller, hiesiger
Markt des 5 Bk. an nach Vor-
zahlung 50 Pf. Sonntag 11

Weihnachts-Präsent.
Hochzeit hier nur:
Uhren, Juwelen, Gold- u.
Silberwaren
Elegante Preise
Lief. mit an dem u. möglich
nur 60 Pf. bei 887

Bekanntmachung.
1000 Mark Belohnung
erhält derjenige, welcher Täter
oder Teilnehmer des in der
Nacht zum 10. November 1911
in der Kantine des hiesigen
Centralgüterbahnhofes an dem
Kaffeefächenswirt Ulrich ver-
übten Raubmordes zur Anzeige
bringt. 8740

Stettin, den 1. Dezember 1911.
Der Erste Staatsanwalt.
Jeden Montag:
Spezialtag
Erste Sorte Knoblauchwurst
à Pfd. 75 Pf.
Jeden Dienstag:
Spezialtag
Mortadella, Pfund 25 Pf.
Georg Hildebrand
Fabrik feiner
Fleisch- u. Wurstwaren.

**Rechte u. Pflichten
des Mieters**
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipnacki.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Novelle und der
Denkschrift zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
sicherer Führer durch das Miets-
recht.
Buchhandlung Volkswacht.

Sieben erschienen:
: Kirchensteuer :
u. Kirchenanstalt
: in Preußen :
20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Sieben erschienen!
**Die Frauen und der
politische Kampf**
von
Luise Zietz.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Ratenzahlungen
Besteht beim Kauf von
**Uhren und
Goldwaren,**
Regulatoren, Ketten, Trauringen etc.
Billigste Preise. Kleine Raten.
Alle Kunden ohne Anzahlung.
R. Leikoff, Uhrmacher, Nikolaistr. 41,
am Südostplatz. 8363

Weihnachtsbücher
für unsere Abonnenten.
Wie entstanden
Weltall und Menschheit?
von Willy Peterson-Kinberg.
Mit zahlreichen farbigen und schwarzen Tafeln,
Karten, Beilagen und Textabbildungen.
Zu dem billigen Preise von nur 80 Pfg.
Nach auswärts 1.10 Mark.

„Das Nachtasyl“
von Maxim Gorki.
Reich illustriert, Leinenband, nur 1.10 Mark
auswärts 1.30 Mark.

Henrik Ibsen dram. Werke
3 Bände
Prachtband für nur 3 Mark
auswärts 1. Zone 3.25 Mark, 2. Zone 3.50 Mark.
Zu beziehen durch die
Expedition und Austräger der Volkswacht.

Sieben erschienen:
Die Sozialdemokratie
im Urteile ihrer Gegner
von
A. Erdmann.
In Leinen gebunden 2 Mark.
Buchhandlung Volkswacht.

Ein schlimmer „Rat“geber „an die Genossen“.

Die bevorstehende Reichstagswahl zettelt neben mancherlei erfreulichen Erscheinungen des politischen Lebens leider auch sehr unerfreuliche. Neben der edlen Begeisterung für eine Sache oder eine Idee, der Opferfreudigkeit, dem Mute der Ueberzeugung, der auf stolzem Koffe begeistert in die Wahlschlacht zieht, findet man die fetige Niedertracht, die schleichende Verleumdung, die brutale Gemeinheit. Das sind Uebel, die leider unausrottlbar erschienen, und so unangenehm es einem ehrlichen Kämpfer sein mag, er muß mit ihnen rechnen.

Von aller schlechenden Hinterlist die gemeinste aber ist die Verdrehung von Tatsachen im politischen Kampfe. Da sind Anspielungen auf im Grunde harmlose Dinge, die zu furchtbaren Verbrechen gestempelt werden, einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Worte, deren Sinn mit großer Gewandtheit umgedeutet wird, private Verfehlungen einzelner, die der Partei zur Last gelegt werden. W. v. W. Sandwangen, die die man aus juristischen Gründen die „Verzeichnung“, „Lügen“ vermeiden muß, die aber ohne Zorn, sehr hart an der Grenze von Wahrheit und Dichtung stehen.

Ein wahrer Virtuose in derartigen Kampfesweisen scheint ein gewisser M. Rath zu sein, dessen 15seitige Broschüre „An die Genossen und alle, die denken gelernt haben“, in Tausenden von Exemplaren ins Land hinausflatterte. Alles, was im Laufe von Jahrzehnten über die Sozialdemokratie zusammengefaßt worden ist, findet der Leser hier in lieblicher Weise zusammengefaßt. Man muß anerkennend sagen: es ist mehr als eine Bierbearbeitung, die Herr Rath hier leistet. Ja, ich behaupte sogar, alle Pferde des Königs Augustus zusammengenommen, können sich an Produktivität von Herrn Rath verstecken. Man würde vielleicht besser tun, wenn man das Erzeugnis seines Fleißes mit Strohweizen überginge, denn es ist wirklich kein Vergnügen, ihm auf seinen verchlungenen Pfaden zu folgen, zumal da man keineswegs dabei von Rosenbüschen umweht wird. Aber die Erwägung, daß Leute seines Schlages immer noch ihre Gläubigen finden, zwingt einen, Dinge, die schon neundneunzig Mal widerlegt wurden, zum hundertsten Male richtigzustellen.

Herr Rath bringt, allerdings auch nicht als Erster, den bekannten sozialdemokratischen Arbeiter herbei, der im Jahre 1909 300 Mark an Partei- und Gewerkschaftssteuern aufgebracht haben soll. „Fünfzehn Mal soviel, als der junge Mann an Staats- und Gemeindesteuern bezahlt“, bemerkt er dabei sehr weise. Herr Rath, diese Behauptung ist erfunden, und zu Ihrer Ehre sei es gesagt, Sie wußten, daß sie erfunden war. Die Beiträge, welche die Anhänger unserer Partei leisten, sind kein Geheimnis. Sie betragen nirgends mehr als 50 Pfg. pro Monat und gehen herab bis auf 10 Pfg. in einzelnen armen Gegenden. Das sind Pfennige, die sich unsere Anhänger vom Munde absparten, um sie begeistert für unsere Sache zu opfern. Ihr Höchstbetrag ist also 6 Mark jährlich. Nun gebraucht Herr Rath den alten und schäbigen Geschäftskniff, Partei und Gewerkschaften in einen Topf zu werfen und dabei selbstverständlich den Unterschied zwischen diesen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung zu unterschlagen. Herr Rath, man verlangt ja nicht viel Anstand von Ihnen, aber das konnten Sie sehr wohl auseinanderhalten, daß die Einkünfte der Gewerkschaften keineswegs zur Befolgung von Parteirednern und Beamten dienen. Die Gewerkschaften dienen, das sei zu Ihrer Belehrung gesagt, lediglich dem wirtschaftlichen Interesse der Arbeiterschaft, und wenn sie in der sozialdemokratischen Partei ihre einzeln ehrsche politische Vertreterin haben, so ist dieses nur ehrenhaft für letztere. Jedenfalls würden die Besinnungs-genossen Raths wer weiß was darum geben, wenn sie, wenigstens in den kritischen Zeiten vor der Reichstagswahl, das Vertrauen der Arbeiter hätten. Nach gelungener Einsetzung ist ihnen allerdings nichts am Arbeiter gelegen.

Lassen wir aber einmal den Unfug Raths gelten und rechnen die Verbandsbeiträge, die ja tatsächlich nur Unterstützungszwecken dienen, zu den bekannten Arbeitergroßen, von denen sich unsere Agitatoren mästen. — Reichsverbandsgagitatoren mästen sich allerdings an besser gefüllten Trögen. — Was zählt nun ein wirklich stark „besteuertes“ Arbeiter an Verbandsbeiträgen?

Die wahrscheinlich höchsten Beiträge zahlen die Buchdrucker. Sie betragen hier im Höchstfalle 2,20 Mark pro Woche oder 114,40 Mark im Jahre. Gesezt den günstigsten Fall, man würde diese Summe auch reiflos für Parteizwecke verwenden, so ergäbe die Rechnung, immer im Höchstfalle:

Parteibeiträge 6,00 Mk.,
Gewerkschaftsbeiträge 114,40 „

Sa. 120,40 Mk. jährlich.

Herr Rath, wieviel mag wohl noch an Ihren erdichteten 300 Mk. fehlen?

Aber wie gesagt, diese Rechnung stimmt nicht, und das wissen Sie sehr gut! Sie wissen, daß im Durchschnitt jedes Mitglied der Gewerkschaften fast seine ganzen Einzahlungen zurückhält in Form von Kranken-, Arbeitslosen-, Umzugs-, Sterbeunterstützungen usw. Wenn Sie das Gegenteil behaupten wollen — denn beweisen können Sie es nicht — dann sind Sie allerdings noch dreister als wir vermuteten.

Was bleibt aber nun von den 300 Mark Parteibeiträgen übrig?

So gut wie nichts, werter Leser, und wir sehen, daß Herr Rath uns damit einen gewaltigen Wären aufgebunden hat. Welcher Arbeiter könnte auch bei seinem erbärmlichen Einkommen und den durch die Hintermänner des Herrn Rath künstlich erhöhten Lebensmittelpreisen eine solche Summe erschwingen?

Die Solidarität ist uns eine Tugend und freudig springen wir unseren Brüdern in anderen Ländern in ihrem Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein bei, soweit wir es können. Den um bessere Lebensbedingungen ringenden schwedischen Arbeitern, den um politische Freiheiten streitenden und sterbenden russischen Brüdern halfen wir, so gut wir konnten, und es wird keinem französischen oder englischen Arbeiter eingefallen sein, sich darüber lustig zu machen, ausgenommen, es wäre ein so braver Mann wie der Herr Rath. Das mag diesem ja sehr unangenehm sein, ist aber nicht zu ändern. Wir werden uns in dem Bestreben, die Lage des arbeitenden Volkes zu bessern, stets als die Gegner seiner Freunde zeigen müssen. Wir sind aber auch überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft ihre Lage verbessern kann, wenn sie einzig ist gegen die Freunde des Herrn Rath. Es ist nicht nötig, daß sie hungert, indes alle Kornspeicher gefüllt sind, daß sie friert bei einer Ueberproduktion von Tuch und Wolle, daß sie kein Dach über den Köpfen hat, trotzdem Tausende von Schülern und Bekannten leer stehen, Hunderttausende von Arbeitern ohne Beschäftigung sind.

Selbstverständlich dürfen in dem Rathschen Machwerke auch die bekannten „sozialdemokratischen“ Führer, die sich absällig über die Partei äußerten, nicht fehlen. Es werden uns gleich zwei aufgetischt. Aber Herr Rath, Ihnen ist doch bekannt, daß Schippel in diesen Beziehungen seine eigene Wege geht, die Sozialdemokratie ist aber tolerant genug, solche Eingänger in ihren Reihen zu dulden. Ohne Zweifel ist er aber ein hochanständiger Charakter, was man von Ihnen nicht so ohne weiteres behaupten kann. Mehring aber hat sich aus einem wilden Gegner in einen wackeren Verteidiger der Sozialdemokratie verwandelt, der als ehrlicher Mensch oft und gern zugegeben hat, daß er die Partei manchmal zu Unrecht angegriffen. Er ist, wie gesagt, ein ehrlicher Mensch, der seiner Ueberzeugung eine sehr einträgliche Stellung im bürgerlichen Lager opferte und sich uns anschloß. Herr Rath ist wirklich kein glänzender Publizist wie Mehring, er verfährt auch nicht über die sympathischen Charakterzüge des selben. Würde er sich über seines bisherigen Lebens ausreichend schämen, und um Aufnahme in unsere Partei bitten, wir würden ihn nicht unbarmherzig von uns stoßen, denn auch bei uns herrscht schließlich mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen.

Dazu gehört aber vor allen Dingen, daß Herr Rath seine sündige und lächerliche Schwafel über Bebels Prophetentum unterläßt. Irrer ist menschlich und entschieden verzeihlicher wie Lügen. Aber nur alte Weiber oder Narren können einen, nebenbei rein harmlosen Irrtum, zum Verbrechen stampeln. Herr Rath tritt ja doch auch, wenn er glaubt, mit seinem Geschreibsel die Sozialdemokratie zu vernichten.

Das Schauspielerparlament.

Personlicher Jant und zunehmende Einsicht.

Berlin, 8. Dezember 1911.

Im Schauspielerparlament im Zoo dauerte zunächst das wenig erbauliche Schauspiel der inneren Zänkereien munter fort. Es wurde beschlossen, einen Ehrenpräsidenten, aber einen besoldeten Ehrenpräsidenten, an der Spitze zu lassen und die Befolgung unter der Firma Aufwandsentschädigung zu gewähren. Wissen wurde wieder gewählt, aber gegen eine sehr starke Minderheit und mit sehr knapper Mehrheit. Die übrigen Wahlen zur Genossenschaft wie zur Personalschaft stellten durchweg im Sinne der „Opposition“, der „Rechten“, d. h. der reaktionären, konservativen „Komitee“ die Mehrheit aus. Auch will die Minderheit, die einmal in corpore den Saal verließ, den Beschluß über die „Entschädigung“ des Präsidenten, als nicht geschäftsmäßig zustande gekommen, auf dem Wege des Verwaltungsfreiverfahrens anfechten.

Erzweulicher und bedauerlicher als dieser, die Sache schädigende persönliche Jant waren die Verhandlungen über den — darauf zur Annahme gelangenden — Entwurf der Zentralverbandsgesetzgebung, den die Behnertkommission ausgearbeitet hat.

Das Referat erstattete Gustav Riedel, Berlin. Winter hat gefahren gesagt, die Schauspieler dürften sich nicht auf den Standpunkt der Organisationen von Mauern und Zimmerleuten stellen. In einem Zeitpunkt, in dem sogar Milliardäre zu Trübsal sich zusammenschließen, Staatsanwälte und Richter organisieren, hat auch der deutsche Schauspieler eine Organisation zur Aufrechterhaltung seiner Lebenshaltung notwendig (Wohlfahrter Beifall). Der Friede zwischen uns und dem Bühnenverein kann nur kommen, wenn der Bühnenverein in Wahrheit und Ehrlichkeit auch unsere Interessen anerkennt. (Wohlfahrter Beifall). Im Bühnenverein sind gewiß vornehme Kavaliere und hochgestimmte Künstler, aber die Gesamtheit des Vereins wehrt sich gegen den Fortschritt des Zeitgeistes. Redner schildert alsdann, unter heftiger Zustimmung auf den brillos gemachten Sänger Brodmann, das System der schwarzen Listen, das im Bühnenwesen fortwirkt, wie in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Der Bühnenverein geht auf der Landstraße mit uns gemeinsam, sagte der Redner, er zeigt uns die schönen, roten Pfeile auf den Wänden, plükt sie aber allein. (Leitender und Zustimmung.) Gerade die aus unseren Reihen hervorgegangenen Mitglieder sind unsere schlimmsten Gegner. (Stürmische Zustimmung.) Wenn wir unsere Organisation streifen gestalten, dann wird diese Lösung trotz allen Gezänkts und Strawalls nicht vergeblich gewesen sein. (Wohlfahrter Beifall.) Die vornehmste Aufgabe der Bezirksverbände soll die Pflege des Solidaritätsgefühls sein. Ein Kern, der Verrat gegen Beruf und Kunst verübt, muß aus der Genossenschaft hinausgeschmissen werden. (Stürmische, anhaltender Beifall). — Dr. Seelig, Mannheim. Schluß des Chorführerverbandes, glaube, daß in dem Falle Brodmann der Bühnenverein wegen unbilligen Verhaltens zum vollen Schadenersatz verpflichtet werden müsse, und fordert die Stadterverwaltungen, denen Theater unterstehen, auf, derartige

Scharmacher- und Ausbeuterpolitik nicht mitzumachen. Aufgab der Bezirksverbände muß es sein, den Stadterverwaltungen das Material zu unterbreiten.

Um 8 Uhr abends wurde die Delegiertenversammlung geschlossen.

E. B.

Arbeiterbewegung.

Anschlüsse an den Bauarbeiterverband.

Der Zusammenschluß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu großen Verbänden macht immer weitere Fortschritte. Während in den Anfängen der gewerkschaftlichen Organisationen diese zunächst auf beruflicher Grundlage ausgebaut wurden, um sie dem Unternehmertum gegenüber aktionsfähig zu machen, macht heute der Zusammenschluß der Unternehmer ganzer Industriezweige und Gewerbe- und ihr einheitliches Handeln den Arbeitern gegenüber, auch den Zusammenschluß der in diesen Berufen beschäftigten Arbeiter in einheitliche Organisationen immer mehr zur Notwendigkeit. Dieser Notwendigkeit haben die Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter vor nunmehr halb einem Jahre durch ihre Verschmelzung Rechnung getragen. Und schon heute kann man sagen, daß weder die Maurer noch die Bauhilfsarbeiter die Verschmelzung zu bereuen brauchen, sondern daß sie beiden Berufsgruppen im wahren Sinne des Wortes zum Segen gereichte. Eine reiche Zunahme der Mitgliederzahl — allein im ersten Semester wurden 57.000 neue Mitglieder gewonnen, so daß die Mitgliederzahl von rund 242.000 auf rund 299.000 stieg — war die Folge der von beiden Gruppen gemeinsam betriebenen Agitationsarbeit. Hinzu kommt die fast mühelose Durchführung einer großen Zahl von erfolgreichen Lohnbewegungen, was allerdings zum Teil mit auf den steigenden Ausmaß des vorjährigen Großkampfes zurückzuführen ist.

Schon am 1. Januar 1911 schloß sich der Zentralverband der Follerer Deutschlands dem eben es stehenden Deutschen Bauarbeiterverband an. Und auch die Follerer brauchen diesen Schritt nicht zu bereuen. Sie haben in der Meisterorganisation der Bauarbeiter mit ihren Mitläufern einen Rückhalt gefunden, den ihnen ihre frühere kleine Organisation zu fehlen niemals in der Lage gewesen wäre. Das haben die Follerer und die Steinholzer schon vor den in diesem Sommer geführten Lohnbewegungen erfahren, indem sie in fast allen Fällen in kurzer Zeit sehr schöne Erfolge erzielten.

Im Laufe des Jahres schlossen sich dann noch mehrere kleine Lokalorganisationen dem Bauarbeiterverband an. So der Verein der Fliesenleger in Leipzig, der Verein der Maurerarbeitende in Hamburg und der Verband der Stacker Groß-Verins. Daß auch diese Lokalorganisationen, deren Mitglieder früher entweder alle oder zum Teil den Zentralverbänden schon angehört hatten, den Weg zu die Einheitsorganisation fanden, ist wohl ein Beweis dafür, daß man auf den Bauarbeiterverband allgemein große Hoffnungen setzt.

Von größter Bedeutung wird für die bauarbeiterliche Arbeiterbewegung die Angliederung des Zentralverbandes der Stukkateure an den Deutschen Bauarbeiterverband sein, die nach dem Resultat der kürzlich vorgenommenen Urabstimmung am 1. Januar 1912 vor sich gehen wird. Diese Angliederung des etwa 10.500 Mitglieder zählenden Verbandes ist um so wichtiger und notwendiger, weil die Arbeiter der Maurer bezw. Putzer und Stukkateure in den verschiedenen Orten so ineinander greifen, daß sie sowohl von den Bauern, wie von den Stukkateuren ausgeführt werden. Aus diesem Verhältnis heraus haben sich bis jetzt zwischen den Angehörigen der beiden Berufe häufig Differenzen ergeben, die nur sehr schwer zu schlichten waren und die wohl zu vermeiden sind, wenn die beiden Gruppen in Zukunft die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren einheitlichen Sektoren gemeinschaftlich regeln. Außer diesen Gründen dränge aber auch der Zusammenschluß der Unternehmerorganisationen und ihre Zusammenarbeiten bei den Arbeitskämpfen zur Schaffung der Einheitsorganisation; denn schon im Jahre 1910 nahmen die Studienunternehmer in Süd- und Südwestdeutschland, wie in Rheinland-Westfalen gleichzeitig mit der Auslieferung der übrigen Bauarbeiter auch eine Auslieferung der Stukkateure vor. Und man darf es sich sicher aneignen, daß das gemeinsame Vorgehen der Unternehmer bei zukünftigen Kämpfen ein noch planmäßigeres und engeres sein wird, so daß also die Vorarbeiten der Arbeiter doch gemeinschaftlich gemacht und die Bewegungen gemeinschaftlich geführt werden müssen.

Die Tarifrevision in den Parteibuchdruckereien.

Am 13. und 14. November tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter sozialdemokratischer Druckereien, um zu der durch die Tarifrevision der Buchdrucker geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis dieser Beratung wird vom Korrespondent, dem Verbandsorgan der Buchdrucker, in einem längeren Artikel: Die Prinzipale und der neue Tarif, wie folgt geteilt:

Wenn dieser Artikel die Ausnahme des neuen Tarifs bei der Prinzipalität behandelt, so gebietet es die Pflicht, auch einer Kategorie von Firmen zu gedenken, die eine Ausnahmestellung einnehmen, es sind dies die Druckereien der sozialdemokratischen Organe. Ueberwiegend befinden sie sich jetzt in eigener Regie, sind also Arbeiterdruckereien im wahren Sinne des Wortes. Es ist bekannt, daß diese Geschäfte im allgemeinen bessere Arbeitsverhältnisse aufzuweisen haben als die sogenannten Privatbetriebe; namentlich gilt dies von der Arbeitszeit und den Ferien. Es gereicht uns zur Genugtuung, mitteilen zu können, daß ein kürzlich stattgehabte Komitanz der Geschäftsführer der Parteibuchdruckereien ihre Stellungnahme zu dem neuen Tarif in einer Weise präziserte, die Befriedigung auslösen kann und jedenfalls den Verlegern von solchen Klagen, die nicht genug die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin berücksichtigen können, zur Abschaffung zu empfehlen wäre. Danach tritt für diese eine ansehnliche Anzahl unserer Kollegen beschäftigten Druckereien der neue Tarif bereits am 1. Dezember in Kraft. Eine Verlängerung der Arbeitszeit an den Schreibmaschinen findet nicht statt. Der Sommerurlaub hat eine Erweiterung erfahren. Die Zulagen über die tarifliche Pflichtgrenze hinaus erfolgen je nach dem Lokalaufschlag in drei, fünf und sechs Staffeln. In der untersten macht die Lohnerhöhung zum Teil volle zehn Prozent aus, teils eine Kleinigkeit weniger; in den höheren Lohnklassen finden Abnutzungen nach unten statt. In Druckereien ohne Lokalaufschlag beträgt die Spannung 2,75 Mark bis 2 Mark, in den mit dem höchsten Aufschlag 3,25 bis 2 Mark. Das übrige Personal erhält eine Lohnerhöhung. So mancher Kollege in diesen Druckereien wird ja seine Erwartungen höher gestellt, auf volle 10 Prozent für alle gerechnet haben. Wenn auch in den übrigen Geschäften geht es nicht allein nach dem Wollen. Das Gesamtergebnis ist jedenfalls anerkennenswert, denn auch der freiwillige Charakter der Zulagen entfällt hier vollständig. Könnten wir vom Deutschen Buchdruckerverein auch schon mitteilen, wie hier die Empfehlungen der freiwilligen Zulagen für die Höherbezahlten diesmal ausfallen werden, wäre es uns noch lieber. Wir sprechen aber die Erwartung aus, daß die

zum Teil unwidrig Worte und trug auch ganz ungedröge Kritik an dem Ergebnisse der Tarifrevision in unseren Reihen auf die Grundsätze der Revision der Prinzipalorganisation keine Rücksicht ausgeübt haben möge.

Diese unverständliche Forderung in der Haltung des Korrespondenten gegenüber den Arbeiterdruckereien erfüllt auch uns mit Genehmigung.

Der § 193 Str.-G.-B. und die Gewerkschaftspressen.
Der Redakteur der „Allg. Deutschen Gärtnerzeitung“ war jüngst vor dem Schöffengericht Berlin angeklagt, weil er Missstände in einer Gladbacher Gärtnerzeitung kritisiert hatte. Die Darstellung erwies sich zum Teil als Unrichtigkeit. Das Gericht verurteilte den zur Wahrnehmung der Interessen der Gärtner bestellten Redakteur den Schutz des § 193 Str.-G.-B. mit folgender Begründung: „Der von dem Angeklagten beanspruchte Schutz des § 193 Str.-G.-B. darf nicht anerkannt werden. Der verantwortliche Redakteur kann sich nur dann auf den Schutz des § 193 berufen, wenn der betreffende Artikel zur Wahrung eigener Interessen geschrieben ist, die den Redakteur persönlich nahe angehen. Eine solche persönliche nähere Beziehung des Angeklagten zu dem wahrgenommenen Interesse der Gärtnergehilfen kann jedoch in seiner Eigenschaft als Redakteur des Draufs des Allg. Deutschen Gärtnervereins allein nicht gefunden werden.“ — Die Berufungsinstanz kam nicht mehr in die Lage, diese für die Gewerkschaftspressen in recht hoffnungsvolle Urteilsbegründung nachzuweisen, da ein Vergleich geschlossen wurde. Es ist eine unumgängliche Rechtsauffassung, daß die Gewerkschaftspressen nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen handeln, wenn sie Missstände in Betrieben ihres Berufs bespricht.

Der Streik der Mühlenarbeiter auf der Hilbebrand'schen Mühle in Magdeburg, bei dem Berliner Spiegel für Unwesen trieben, ist vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts belegt worden. Der Unternehmer sowohl wie eine Versammlung der Streikenden stimmten den Einigungsvorschlägen zu.

Parteiangelegenheiten.

Vom Strahlentum der Parteipresse. Wegen Beleidigung eines christlichen Gewerkschaftssekretärs Schwarz in Weiden (Oberpfalz) wurde der Redakteur Genosse Buchta von der „Fränkischen Volkstimme“ in Danreuth vom dortigen Schöffengericht zu 10 M. Strafe verurteilt. In der „Fränkischen Volkstimme“ war im Mai ein Artikel erschienen, in der die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und die des effektiven Zentrumsapostels Schwarz im besonderen entsprechend charakterisiert war.

Die Revolution in China.

Auf Veranlassung Juanschikais wurde Tan-Tsi-Kwo zum Verhandlungsführer mit den Revolutionären nach Wu-tschang geschickt. Der Admiral Chai-Tin-Kan wurde gleichfalls als Parlamentarier nach Wu-tschang entsandt. Chai-Tin-Kan nahm sofort nach seiner Ankunft die Verhandlungen mit dem Militärgouverneur und dem Zivilgouverneur in Wu-tschang auf. Auch Li-Yuen-Hung war bei den Konferenzen zugegen. Li-Yuen-Hung ist kein absoluter Gegner einer Monarchie mit beschränkter Vollmacht. Er steht mit seiner Meinung aber bei seinen revolutionären Kollegen, die auf der Errichtung der Republik bestehen, auf lebhaftem Widerstand. Chai-Tin-Kan hat sich die Bedingungen der Revolutionäre schriftlich definieren lassen und ist, ohne daß die Verhandlungen ein positives Resultat zeigten, nach Peking abgereist. Die Hauptforderung der Revolutionäre ist die Abschaffung der Monarchie und Errichtung der Republik. Juanschikai weizert sich, die Vorschläge anzunehmen. Die Feindseligkeiten, die während der Verhandlungen zwischen den beiden Parteien ruhten, werden somit wieder aufgenommen. Gleichzeitig wurde Huan-Ching zum Generalchef in Hangang ernannt. Hangang ist wieder erobert worden.

Unabhängigkeitsbestrebungen der Mongolei.

Petersburg, 9. Dezember. Der Direktor der russischen mandchurischen Bahn Horwat hat von einem einflussreichen mongolischen Fürsten in Chardin die Mitteilung erhalten, daß die Mongolen eine Armee von hunderttausend Mann gelammelt hätten, um das chinesische Joch von jedem Kreis abzuschütteln. Die Hälfte der Truppen sei zum Schutz der Frauen und Kinder, die andere Hälfte als Aktionsarmee bestimmt. Geld sei genügend vorhanden, jedoch bestesse Mangel an Waffen. Der Fürst erklärte General Horwat, daß, falls es den Mongolen nicht gelinge, die Herrschaft der neuen chinesischen Regierung abzuschütteln, die eine Art Staatsbund abschließen, so würde die Mongolei sich an Rußland mit der Bitte um Angliederung wenden.

Granatminen

der chinesischen Regierungstruppen.

Szechuan, 9. Dezember. Der Spezialkorrespondent der „Exchange Company“, der eine Abteilung des Roten Kreuzes in die Umgebung von Schiakau begleitete, meldet: Viele der Stellungen am Panjang scheinen noch immer uneinnehmbar. Die Einnahme der Stadt war lediglich eine Folge der Uneinigkeit unter den Revolutionären. „Das Schlachtfeld“, sagte er, „reicht einem modernen Geträth“. Die Kaiserlichen gingen bei der Einnahme der Stadt ungemein brutal vor. So fanden sie auf ihrem Wüstenzuge im Tempel einen verwundeten Soldaten im Bett liegen. Sie stellten darauf eine Lampe unter das Bett und jagten zu, wie der Unglückliche verbrannte. Das ganze Land ist verwüstet. Alle gefangenen jungen Männer wurden zuerst ihres Jovies beraubt und dann erschossen. Die Mitglieder des Roten Kreuzes beklagen sich insbesondere darüber, daß viele Mordtaten, die nach Anweisung von Verbänden bis zum Eintreffen der Ambulanzwagen in den Dörfern zurückgelassen wurden, von den Truppen, sobald die Schwärmer die Dörfer verlassen, mit dem Bajonett niedergemacht wurden. Eine Menge junger Mädchen wurde weggeschleppt.

Schleßen, Posen und Nachbargebiete.

Wer terrorisiert?

In Belgien gehen unsere Gegner immer am liebsten mit den Terrorismustagen hantieren. Fast in jedem Reichsverbandungs-Büro ist zu lesen, daß dort oder dort ein Arbeiter von den sozialdemokratischen Arbeitskollegen so heftig behandelt wurde, daß er es bezog, diesem erbärmlichen Leben freiwillig ein Ende zu machen. In einer anderen Gegend ist wieder ein Arbeiter von den Arbeitern des Opfers der roten Terroristen geworden, und wieder in einer anderen Gegend ist ein junger Mädchen, die einzige Stütze der Waisen, durch den Terror ihrer weiblichen Kolleginnen, die selbstverständlich alle Mitglieder des „rotten“ Verbandes waren, gezwungen worden, ihre elendliche Stellung anzugeben, wobei jetzt die die Schicksale des Arztes anzufragen. So wird in jeder Weise die Bestie des Bösen vom Himmel heruntergeschleudert.

Dabei versteht niemand die Worte des Terrorismus so geschickt und so gemein anzuwenden, als gerade diejenigen, die am meisten über den Terrorismus der Rechten schimpfen. Seit ein ganz krauses Beispiel:

In Adelsdorf, Kreis Goldberg, hat ein kleiner Stellenbesitzer sein Eigentum inmitten der Besitzungen des bekannten Reichsverbändlers von Tirken, der ein großes Interesse daran haben soll, seinen Besitz abzurufen. Der betreffende Besitzer will aber nicht von der Scholle gehen, zumal ihm auch weniger geboten wird, als er vor drei Jahren selbst bezahlt hat. Da er auch noch in anderer Weise benachteiligt wird, gab er sein Grundstück für eine sozialdemokratische Versammlung her, mehr aus Mangel über die ihm widerfahrne Behandlung, als aus Ueberzeugung. Kaum war dies aber im Dorke bekannt geworden, als ihm auch schon nachfolgender Brief zuging:

Herrn Stellenbesitzer Willy Gierchner,
Ober-Adelsdorf.

Der unterzeichnete Vorstand des Adelsdorfer Darlehns-Kassenvereins zeigt Ihnen hiermit an, daß er nach dem § 2, Absatz 2 der Vereinsstatuten gezwungen sein würde, Sie aus dem Verein auszuschließen, wenn die bereits öffentlich publizierte „Sozialdemokratische Versammlung“ auf Ihrem Grundstück stattfinden sollte. Zugleich würde Ihnen dann auch die gefällige Hypothek gekündigt werden müssen. Wir hoffen jedoch in Ihrem eigenen, sowie auch im Interesse des Vereins, daß Sie es nicht dazu kommen werden lassen.

Der Vorstand.

Vater. Krethmer. Simon.

Diesen Brief sollte Herr Gierchner, der Mitglied des Darlehns-Vereins Adelsdorf ist, und von dem er eine Hypothek von 10.000 Mark auf sein Grundstück hat, unterschreiben und zurücksenden. Dem Darlehns-Verein gehören fast alle Rittergüter- und Großgrundbesitzer der Umgegend an. Nur weil ein kleiner Besitzer, sonst aber ein aufrechter Mann, es wagen wollte, der Sozialdemokratie einen Platz zur Abhaltung von Versammlungen zu geben, versucht man diesen durch die Kündigung der Hypothek zu schädigen. Ihren Zweck haben die Herren nicht erreicht. Der Mann blieb nun erst recht fest, nachdem er gesehen, mit welchen Mitteln er bekämpft und in welcher Weise der Großgrundbesitzer den kleinen Bauer unterdrückt.

Wenn diese Herren über sozialdemokratischen Terrorismus schreiben, dann wird man sofort erinnert an den verfolgten Dieb, der da schreit: „Haltet den Dieb!“, um den Verdacht von sich abzuwälzen.

Diese Pharisäer!



Schweidnitz, 11. Dezember. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabend Nachmittag in der Breslauerstraße. Dort lebte ein dem Viehhändler Walter gehörendes, von diesem soeben erst neu erworbenes Pferd. Das Tier, welches zunächst gegen eine Hauswand mit voller Wucht prallte, verlor die Straßenspannen, da zu dieser Zeit dort lebhafter Verkehr herrschte. Ein Radfahrer wurde von dem Pferde umgerissen und ein Stück mit fortgeschleift, wobei er sehr schwere Verletzungen erlitt. Stark blutend schleppte sich der Verunglückte, ein Zimmermann aus Wierichau, bis zu einem Baum, wo er erschöpft zusammenbrach. Er wurde in die Wohnung des Viehhändlers gebracht und dort verwundet. Auch sein Rad war stark beschädigt. Das schwere Pferd wurde schließlich von einem Haushälter eingekerkert und beruhigt.

Hirschberg, 11. Dezbr. Achtung, Schuhmacher! Der Streik bei der Firma Hugo Barisch dauert ununterbrochen fort. Vor den Streikenden ist in den vier Wochen des Kampfes noch niemand zum Streikbrecher geworden. Aus anderen Betrieben haben sich leider eine Anzahl Streikbrecher geunden, die aber, wenn die Firma weiter hartnäckig bleibt, der Firma mehr schaden wie nützen werden. Der Streikmeister, eine Stütze der Firma, seine Frau war als Arbeitswille beschäftigt, den die Firma für von ungeübten Arbeiterinnen gemachten Schaden verantwortlich machen wollte, ist von Barisch plötzlich entlassen worden. „Also auch ein Opfer des Streiks!“ Wer weiß, wer folgt! Zugunach Hirschberg ist weiter ferngehalten.

Hirschberg-Schwan, 11. Dezember. Zentrumskandidatur. Die Zentrumspartei des Wahlkreises Hirschberg-Schwan hat einstimmig den Stadtpfarrer Julius Seidel, Schwan als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

Strasburg, 11. Dezember. Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich hier am Mittwoch. Der 15-jährige Sohn des Gutbesizers F. fuhr mit einem Fauchwagen auf der Weide und nahm das vierjährige Schenken des Küsters Enge mit. Während der Fahrt fiel der Kleine vom Wagen und brach das Genick.

Kradowitz, 11. Dezember. Der fürsorgliche Staat. An ganz unrichtiger Stelle wird bei dem Provinzial-Justizamt geparkt. Während die Beamten ein festes Gehalt beziehen, wird vom Baumeister Wiesner den hiesigen beim Fruchbauamt beschäftigten Arbeitern eine ganz beträchtliche

Lohnreduzierung angekündigt. Den Schachtmeistern, Maurern und Arbeitern soll der Stundenlohn ganz erheblich gekürzt werden. Wir sehen, daß durch diese Maßregel der Staat bezug. die Beamten die Herstellung des Familienlebens des Arbeiters besorgen, denn wenn in dieser teuren Zeit der Verdienst des Mannes in den kurzen Tagen noch mehr gekürzt wird, so kann man daraus erkennen, daß der Staat nicht die soziale Gerechtigkeit, die ihm von unseren Gegnern immer nachgesagt wird, die Arbeiter aber werden am 12. Januar die richtige Antwort darauf geben.

Caluan, 10. Dezember. Krankenkassenwahl. Bei der heutigen Vertreterwahl zur allgemeinen Ortskrankenkasse erhielt die Liste des Gewerkschaftsartells 728 Stimmen gegen 620 Stimmen der linken. Die Dirsch-Dunderlichen und gelben Gegner hatten den besten Teil der Zaperfekt erröhnt und sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligt. Ihre Blamage ist riesengroß. Soweit sie es mit der Dirsch-Dunderlichen Gerechtigkeit gefommen, daß sie gar nicht einmal die Zahl der zu wählenden Vertreterkandidaten aus ihren Reihen zusammenbringen konnten.

Grüßholz bei Biegnik, 11. Dezember. Tödtlicher Unfall. Am Sonnabend verunfallte der Arbeiter Ermlich in den Kiesgruben bei Grubholz. Ermlich war mit Drausarbeiten von Sand beschäftigt, als plötzlich eine Wand der Kiesgrube einfiel und E. verschüttete. Den herbeigekommenen Arbeitsschlepper gelang es nicht mehr, denselben zu retten. Der Verunfallte hinterläßt Frau und sieben unversorgte Kinder.

Fauer, 11. Dezember. Schwerer Unglücksfall. Als am Sonnabend der Arbeiter Paul Milchen aus Tächtlich abends aus Fauer kommend die Chaussee durch Semmelwitz passierte, wurde er unweit der Brauerei von einem Mühlenbesitzer namens Vormann aus Märdorf überfahren und dabei schwer verletzt. Milchen fuhr auf seinem Rade rechts auf der Straße und wurde von Vormann, der auf seinem Wagen im Galopp heranzog, direkt mit der Deichsel gegen die Brust angefahren. Verwundungslos blieb er liegen und wurde sofort per Wagen nach dem Krankenhaus gebracht. Es liegt hoffnungslos darnieder. Milchen stand kurz vor seiner Verheiratung und ist ein tüchtiger, zuverlässiger Arbeiter. Der Mühlenbesitzer Vormann kümmerte sich um den Schwerverletzten nicht, sondern fuhr im Galopp weiter; er wurde aber erkannt.

Hamslau, 11. Dezember. Ein Kind verbrannt. In Böhlitz, Kreis Hamslau, brannte die Stallung des Mühlenbesizers Linke nieder. Den Leuten, die zur Rettung des Viehes herbeikamen, folgte das fünfjährige Kind einer galizischen Arbeiterin und fand, da es in dem Stalle unbemerkt zurückgeblieben war, in den Flammen den Tod.

Posen, 11. Dezember. Zur Spionage-Affäre wird den „Posener Neuesten Nachrichten“ von authentischer Seite noch gemeldet: Am 26. v. Mts. — also nicht Freitag — wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhof von Beamten der hiesigen politischen Polizei eine Fremdenperson verhaftet, die unter Spionageverdacht stand und die im Begriff war, nach Warschau abzureisen. Bei der Verhaftung fand man auf der Brust des Mädchens Zeichnungen und Pläne von Posener Festungswerken. Diese russischer Militärbehörden wurden bei dem Mädchen nicht gefunden. Die Verhaftete ist die 22-jährige Elise Wigner aus Forst (Lausitz), die in Beziehungen zu dem Festungsbaufeldwebel Schroeder von der Fortifikation Posen stand. Dieser wurde eine Stunde später innerhalb der Fortifikation verhaftet. Schroeder, der sich im hiesigen Militärgefängnis in Haft befindet, bekennt jede Mitwisserschaft an der Tat seiner Geliebten. Die Wigner, die im hiesigen Gerichtsgefängnis untergebracht ist, hat den Diebstahl der Festungspläne, die sie nach Rußland verkauft hat, aus der Wohnung ihres Freundes zugegeben. Sie stellt aber entschieden in Abrede, daß dieser davon und von der Spionageabsicht gewußt habe. Die Untersuchungsbehörden stehen auf dem entgegengelegten Standpunkt. Unzureichend ist, wenn in einer anderen Meldung gesagt wird, die erwiderten Pläne und Zeichnungen seien alt und wertlos; es ist wohl erklärlich, aus welchem Grunde darüber nichts Näheres mitgeteilt wird.

Wie das oben zitierte Blatt weiter mitteilt, beschäftigt die Spionageangelegenheit die Posener Kriminalpolizei bereits seit 14 Tagen.

Etwas sehr unglaublich klingt folgende Meldung: Schroeder hatte ein originelles Mittel gefunden, um seine Pläne nach Rußland herüberzubringen. Er hatte nämlich die Pläne seiner Geliebten auf den Oberkörper tätowiert, um sie dann, wie aus einem bei ihm vorgefundenen Briefe hervorgeht, nach Rußland zu verkaufen.

Schulz, 11. Dezember. Ein bestialischer Ueberfall. Am 4. v. Mts. ist die Hebamme Schweigert aus Minusdorf von dem Arbeiter Edisch, welcher sich einen falschen Namen beigelegt hatte, zur Entbindung nach Groß-Neudorf bestellt worden. Auf dem Wege nach Groß-Neudorf ist die Schweigert von diesem Manne, welcher ihr in einer Schonung aufwartete, plötzlich überfallen und vergewaltigt worden. Da die S. sich zur Wehr setzte, brachte der Unmensch seinem Opfer ganz gefährliche Verletzungen bei, indem er der S. mit dem Messer ein Ohr und beide Brüste abschnitt, ein Malenloch aufriß und acht Messerstiche in den Körper verlegte. Außerdem hat er sie mit den Füßen unzählige Male gestoßen. Der Täter, der seine Tat in der unbewohnten, reich mit Waldungen versehenen Gegend ungestört ausführen konnte, hat die Flucht ergriffen. E. ist wegen gleichartiger Verbrechen wiederholt vorbestraft. Dem Vernehmen nach soll er die Tat aus Rache begangen haben, da die S. gegen ihn als Zeuge auftrat.

Von anderer Seite wird noch gemeldet: Die verlesene Hebamme dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, da der Täter mit geradezu bestialischer Rohheit vorging. Der Täter wurde erst im Herbst von der Marine entlassen.

Dohensalza, 11. Dezember. Ein Musterbeamter. Der frühere Stadtpolizeimeister Rudolf Schwanitz aus Kruschwitz, jetzt in Dohensalza wohnhaft, wurde nach gegenständlicher Verhandlung von der hiesigen Strafkammer wegen schwerer Beleidigung des Polizeidirektors der Stadt Kruschwitz, Bürgermeisters Wötcher, zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte in einer Anzeige an die Bromberger Staatsanwaltschaft den Bürgermeister und einen Polizeibeamten verschiedener Missetaten beschuldigt.

Schneidemühl, 11. Dezember. Einen schrecklichen Tod fand Freitag vormittag der Vorkloster Mädel in der hiesigen Hauptwerkstatt. M. war mit dem Reparieren einer Lokomotive beschäftigt, die auf Hebeblöcken ruhte. Plötzlich rutschte ein Hebeblock fort und die Maschine fiel auf den Körper des Mädchens, der sofort getötet wurde. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und vier unversorgte Kinder.

Schulzberg, 11. Dezember. Der Schlehrtügel. Sein sechsjähriges Schwesterchen hat der neun Jahre alte Sohn des Birres Janick in Bobrowitz beim Spielen mit dem Gewehr erschossen. Die Eltern wollten zum Jahrmart in Grabow. Aus Langeweile nahm der Knabe das Gewehr seines Vaters mit und dem verstorbenen Schranck einige Patronen. Damit und er das Gewehr und zielt im Scherz auf seine Schwester. Der Schuß ging los und traf das Kind, das sofort tot zu Bodenbrach.